

HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XVII — NR. 14

Bonn, 23. Juli 1964

AUSGABE A

LII. Westdeutsche Rektorenkonferenz

Münster, 8.—10. Juli 1964

„Angesichts der föderativen Struktur der Staatsverfassung und des historisch neuartigen Verhältnisses von wissenschaftlichen Hochschulen und Gesellschaft ist eine Gesamtvertretung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen notwendig.“

Diese Feststellung leitet eine detaillierte Stellungnahme zur Struktur und Arbeitsweise der Westdeutschen Rektorenkonferenz ein, die die LII. Plenarversammlung nach ganztägigen Ausschüßberatungen einmütig verabschiedete. Diese Feststellung erscheint zugleich als Leitmotiv für die Beratungen der LII. Plenarversammlung, die vom 8.—10. Juli 1964 in der Aula und im Juridikum der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster stattfand.

Der Kreis der ständigen Gäste, zu dem die Vorsitzenden der Gründungsausschüsse für neue Hochschulen in Bochum, Bremen, Dortmund (TH) und Hannover (Med. Akademie) zählen, ist um den Vorsitzenden des Gründungsausschusses für eine Universität in Konstanz ergänzt worden, nachdem Professor Hess der Plenarversammlung einen Bericht über die Aufbauplanung gegeben hat.

Die wissenschaftlichen Hochschulen verfolgen mit großer Anteilnahme den Aufbau der neuen Hochschulen. Ob sie strukturelle Neuerungen versuchen, ob sie bei vollem Lehrbetrieb Entlastung für die bestehenden Hochschulen sein werden, sie sind eingegliedert in die allgemeinen hochschulpolitischen, ja in umfassendem Sinne: bildungspolitischen Probleme unserer Zeit. Darum betreffen sie und die bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen gleichermaßen die von der LII. Plenarversammlung erarbeiteten Feststellungen und Empfehlungen zur Entwicklung der Studentenzahlen und zur maximalen und optimalen Größe der Universität:

I.

Die Entwicklung der Studentenzahlen

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz begrüßt die Untersuchung des Wissenschaftsrats „Abiturienten und Studenten“, die mit ihrer Vorschätzung der Zahlen bis 1980 eine geeignete Grundlage für alle hochschulpolitischen Entscheidungen bildet. Sie macht die politischen Autoritäten auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam, eine Steigerung der Abiturientenzahlen herbeizuführen, da in vielen Berufen der Bedarf an Abiturienten und Akademikern noch zunehmen wird. Sie warnt jedoch vor einer sachlich nicht gerechtfertigten Ausweitung des Anspruchs verschiedener Berufsgruppen auf akademische Berufsvorbildung und vor der Gefahr, daß die Steigerung der Abiturientenzahlen auf Kosten der Qualität erfolgt.

In diesem Zusammenhang müßten u. a. folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Der Übergang von der Volksschule zur höheren Schule und der Wechsel zwischen den verschiedenen Schultypen ist durchlässiger zu gestalten, unter Berücksichtigung der sozialen Ausgangslage der Schüler und des geographischen Standorts der Gymnasien.
2. Innerhalb der Gymnasien sind die verschiedenen Begaunungsrichtungen stärker zu berücksichtigen.
3. Aus der statistischen Erhebung des Wissenschaftsrats (Tab. 19 S. 49) geht hervor, daß die „Erfolgsquote“ an

den Gymnasien sehr verschieden ist. Dies hat sehr komplexe Ursachen; u. a. auch die verschieden stark entwickelte Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder bis zum Abschluß auf weiterführenden Schulen zu belassen. Ohne eine Stärkung dieser Bereitschaft und ohne Ausschöpfung der unter Ziff. 1 genannten Möglichkeiten kann die „Erfolgsquote“ nicht wesentlich erhöht werden. Jedoch deuten die erheblichen Unterschiede in den einzelnen Bundesländern auch auf verschieden gehandhabte Leistungs- und Auswahlkriterien hin, die nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollen.

4. Die Möglichkeiten des Zweiten Bildungswegs sind bisher weder genügend bekannt noch werden sie hinreichend ausgeschöpft. Hier besteht eine Chance, die Zahl der geeigneten Studienanfänger zu vermehren. Die von der Wirtschaft angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten sollten in geeigneter Weise mit dem Zweiten Bildungsweg verbunden werden.
5. Die Bildungswilligkeit breiter Schichten sollte durch bessere Information und materielle Anreize (z. B. Steuervergünstigungen und Stipendien) geweckt und gefördert werden.

II.

Die maximale und optimale Größe der Universität

Das Gutachten des Wissenschaftsrats weist nach, daß die Studentenzahlen in den Jahren 1967 bis 1972 im Bereich der geburtsschwachen Jahrgänge zunächst etwas absinken, dann aber etwa den gegenwärtigen Stand erreichen und um einiges darüber hinaus gehen werden. Für alle langfristigen Planungen muß man daher zunächst die gegenwärtigen Verhältnisse zugrundelegen. Hierbei ist die oben erwähnte wünschenswerte Erhöhung der Studentenzahlen also noch nicht berücksichtigt. Schon jetzt müßten viele Fakultäten, selbst nachdem die auf dem Stand von 1958/59 beruhenden Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen in vielen Punkten erfüllt sind, die in dem Gutachten festgelegte Kapazitätsgrenze überschreiten.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hält daher folgendes für notwendig:

1. Der Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen sollte nicht nur den noch offenen Nachholbedarf decken, sondern auch eine künftige Steigerung der Abiturientenzahlen berücksichtigen.
2. Die Normzahlen des Wissenschaftsrats in seinem Empfehlungen von 1960 müssen überprüft werden.
3. Der personelle, räumliche und apparative Bedarf für einen vollwärtigen Studienplatz an den verschiedenen Fakultäten und Fächern müßte ermittelt werden.

INHALT

Jahresbilanz 1963 des DAAD	3
Perspektiven und Erfahrungen	
14. Lindauer Nobelpreisträgertagung	6
Die 102. Plenarsitzung der Ständigen	
Konferenz der Kultusminister in Köln	8
Jahrestagung 1964	
der Alexander-von-Humboldt-Stiftung	9

4. Exakte Angaben über die maximale und optimale Größe einer Fakultät hält die Westdeutsche Rektorenkonferenz bei den ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen für noch nicht möglich. Sie erachtet es für dringend erforderlich, daß auch hierüber Untersuchungen veranlaßt oder angeregt werden. Bei diesen sollten alle in Frage kommenden Kriterien, vor allem die Relation zwischen Studenten und Dozenten und die Arbeitsfähigkeit der Selbstverwaltung, berücksichtigt werden.

Gleichsam in Ergänzung zu den Feststellungen über eine notwendige Steigerung der Abiturientenzahlen, die nicht auf Kosten der Qualität erfolgen dürfe, befaßte sich die LII. Plenarversammlung auch mit der Bewertung der Deutschkenntnisse in der Reifeprüfung: „Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hält den Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 16./17. 1. 1964 für sachlich gerechtfertigt:

„Die Reifeprüfung ist bestanden, wenn in allen Fächern mindestens ausreichende Leistungen erreicht werden. Ob über nicht ausreichende Leistungen hinweggesehen werden kann, hängt von der Gesamtreife und der Persönlichkeit des Prüflings und von seinen Leistungen in den übrigen Fächern ab. Nicht ausreichende Leistungen in Deutsch können nicht ausgeglichen werden, wenn sie in mangelnder Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ihre Ursache haben.“

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz bittet jedoch, die Bestimmung so zu interpretieren, daß

nicht ausreichende Leistungen in Deutsch nicht ausgeglichen werden können, wenn die Fähigkeit fehlt, kompliziertere Prosatexte sachangemessen zu verstehen und Gedanken- und Sachzusammenhänge selbständig in sprachlich und logisch einwandfreier Weise darzustellen.

Die sehr komplexe Natur des Deutschunterrichts an den Gymnasien und die unvermeidliche Abhängigkeit in der Deutschnote von der Eigenart des Lehrers lassen es nicht gerechtfertigt erscheinen, dieser Note eine so beherrschende Rolle zu geben, wie sie ihr erst seit 8 Jahren in den meisten Reifeprüfungsordnungen zugewiesen worden ist. Durch die vorgeschlagene Interpretation wäre hinsichtlich der Deutschkenntnisse die für die Hochschulreife wichtigste Forderung gesichert und gleichzeitig vermieden, hochgespannte literarische Forderungen an alle zu stellen, die nur von spezifisch interessierten Schülern real erfüllt werden können.“

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat sich überdies erneut mit dem Komplex „Fakultätsreife — allgemeine Hochschulreife“ befaßt. Sie „begrüßt alle Maßnahmen, die den Kreis geeigneter und hinreichend vorgebildeter Studienbewerber über die Zahl der bisherigen Abiturienten hinaus zu erweitern versprechen, sofern auch bei andersartigen Zulassungsverfahren — wie etwa denen des Zweiten Bildungsweges — die Gleichwertigkeit der Hochschulreife gewährleistet bleibt. Sie bekräftigt ihren Wunsch, die Entscheidung über die Hochschulzulassung und die Aufsicht über die Prüfungsverfahren möge für die Studienbewerber aller Bildungswege in der Verantwortung derjenigen Abteilung der Kultusministerien liegen, die auch beim regulären Abitur über die Maßstäbe der Hochschulreife zu wachen hat.

Sie empfiehlt weiterhin, solche Ausbildungsgänge, die bisher nur zu der sogenannten ‚Fakultätsreife‘ führen konnten, und gegen die sie sich in früheren Entschließungen mehrfach ausgesprochen hat, durch fakultative Ergänzungsfächer oder Zusatzkurse für befähigte Absolventen rechtzeitig genug so zu erweitern, daß eine dem Abitur oder den Instituten des Zweiten Bildungsweges gleichwertige Abschlußprüfung und damit die Hochschulreife in vollem Sinne erreicht werden kann. Damit würden in vielen Fällen auch wünschenswerte Übertritte in andere Disziplinen möglich und den wissenschaftlichen Hochschulen weitere Begabungen zugeführt werden können.“

In der Erkenntnis notwendiger Übergangszeiten ist auch die Sorge um eine optimale Ausbildung für diejenigen Studenten begründet, die bereits mit einer Fakultätsreife fachlich beengt studieren. Einem Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister vom 21. 6. 1962, demzufolge „Studienbewerber, die aufgrund der Fakultätsreife ein Studium an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule mit einer akademischen Prüfung oder einem Staatsexamen ordnungsgemäß abgeschlossen haben, damit die Berechtigung erhalten, die das Reifezeugnis eines Gymnasiums

gewährt“, stimmt die Westdeutsche Rektorenkonferenz nach Befragung aller Fakultäten zu. Damit sind auch für diese Studenten die Wege zu einem Zweitstudium oder zur Promotion in der eigenen Fachrichtung geöffnet.

Die Aufgeschlossenheit der wissenschaftlichen Hochschulen für die Bedürfnisse der Gesellschaft, Wissenschaft und Technik verständlich und zugänglich zu machen, sowie für die Chancen, die hierfür qualifizierte Programme der Massenmedien bieten, kam nachhaltig zum Ausdruck in den von der Plenarversammlung verabschiedeten Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Universität, Rundfunk und Fernsehen“, an deren Beratungen sachkundige Vertreter der Rundfunk- und Fernsehanstalten beteiligt waren:

1. Der Aufgabenkreis der von der LI. Plenarversammlung vorgeschlagenen Pressestellen sollte auf eine informative Zusammenarbeit mit den Rundfunk- und Fernsehanstalten des jeweiligen Landes erweitert werden. Sofern der Ausbau der Pressestellen nach den Empfehlungen der LI. Plenarversammlung noch nicht erfolgt ist, sollte er nunmehr mit Nachdruck in Angriff genommen werden. Gut ausgebaute und geeignet besetzte Pressestellen, die sowohl mit der Presse als auch mit den Rundfunk- und Fernsehanstalten in engem Kontakt stehen, sind am ehesten geeignet, auch aktive Publikationswünsche der Hochschulen selbst zu bestimmten Fragen der Hochschulpolitik zu unterstützen.
2. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz erklärt sich bereit, den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten auf Wunsch geeignete Gesprächspartner für hochschulpolitische Fragen zu benennen. Sofern im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen zu einem bestimmten Thema verschiedene Meinungen bestehen, sollten im Interesse einer lebendigen und angemessenen Berichterstattung Vertreter der verschiedenen Meinungen zu Worte kommen.
3. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz ermutigt die Rundfunk- und Fernsehanstalten, die ihr vorgetragenen Pläne von Lehr- und Studienprogrammen zu verwirklichen.
4. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz empfiehlt den Hochschulen, sowohl an den wissenschaftlichen Sendungen der bestehenden Programme als auch bei der Vorbereitung und Durchführung der geplanten Lehr- und Studienprogramme bereitwillig und aufgeschlossen mitzuarbeiten.“

Auch dem Thema „Hochschule und Studentenschaft“ war eine Arbeitsgruppe gewidmet; ein leidiges Thema, wird mancher meinen, dem vielerlei Querelen und maßlose Rechtsansprüche der verfaßten Studentenschaften vom eigentlichen Sinn der legitimen Mitwirkung der Studenten an der akademischen Selbstverwaltung der Hochschulen wegzuführen scheinen. Hierzu war in Münster eine vertrauensvolle Zuversicht der Rektoren feststellbar, die mit maßvoller Konzilianz von dem neuen VDS-Vorsitzenden Nutz dankbar begrüßt wurde:

1. Die Arbeitsgruppe — so lautet die vom Plenum einstimmig übernommene Empfehlung — hat die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der studentischen Beteiligung an den der Hochschule in ihrer Gesamtheit betreffenden Angelegenheiten ausführlich diskutiert. Sie hat festgestellt, daß vielerorts die Zusammenarbeit zwischen Professoren und Studenten gute Ergebnisse zeigt. Sie legt überdies Wert darauf, daß zwischen den Fakultäten und den Fachschaften ein ständiger Kontakt besteht. Sie empfiehlt den Senaten und Fakultäten, die Arbeit der Fachschaften nachhaltig zu fördern.
2. Unbeschadet aller bisher schon bestehenden satzungsmäßigen Bestimmungen über die Beteiligung von Studentenvertretern in Senaten und Fakultäten schlägt die Arbeitsgruppe zur Förderung des Kontaktes zwischen Professoren und Studenten vor,
 - a) in den Fakultäten soll ein Mitglied der engeren Fakultät zum Beauftragten für Fachschaftsfragen bestellt werden;
 - b) an den Sitzungen der weiteren Fakultät sollen studentische Vertreter teilnehmen.
3. Den Senaten und Fakultäten wird empfohlen, den Begriff „studentische Angelegenheiten“ in großzügiger Weise auszulegen, um der Studentenschaft die Gewißheit zu geben, daß sie betreffende Angelegenheiten in gemeinsamer Verantwortung beraten werden.

III.

1. Den Landesrektorenkonferenzen wird empfohlen, zur Erörterung der auch die Studentenschaft angehenden Fragen Vertreter der Landesverbände zu ihren Sitzungen einzuladen, um in diesen Angelegenheiten in den Ländern eine gemeinsame Willensbildung der Hochschulen zu erzielen.
2. Die Plenarversammlung wünscht, daß die Kontakte und Gespräche zwischen der WRK und dem VDS in gemeinsamen Angelegenheiten fortgesetzt und vertieft werden.“

Aber auch die umstrittenen und zerstrittenen Rechtspositionen für die Studentenschaft als Glied der Hochschule scheinen einer Befriedigung zugeführt zu werden. „Die Plenarversammlung hat von dem Ergebnis der Verhandlungen des Studienausschusses für die Neuordnung des Studentenschaftsrechts in Niedersachsen mit großem Interesse Kenntnis genommen und mit Befriedigung festgestellt, daß die dabei gefundenen Formulierungen in den wesentlichen Punkten mit den Vorstellungen übereinstimmen, die in dem von der L. Plenarversammlung der WRK am 12. 7. 1963 in München gebilligten Votum der Kommission für Hochschulrecht vom 29. 6. 1963 zur Neuordnung des Studentenrechts Ausdruck gefunden haben.

Das Ergebnis ist umso mehr zu begrüßen, als es durch vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Studenten, Hochschulen und der Hochschulverwaltung zustande gekommen ist und es die Mitwirkung der Senate bei der neuen Satzungsgebung für die Studentenschaft als Gliedkörperschaft der Hochschule einschließt.

Die Plenarversammlung empfiehlt den Hochschulen, künftige Verhandlungen zur Neuordnung des Studentenschaftsrechts mit den Studentenvertretungen und den Hochschul-

verwaltungen gemeinsam auf der Grundlage der Rahmenbestimmungen für die Studentenschaften des Landes Niedersachsen zu führen.“

Dem Bereich der internationalen Hochschulbeziehungen war in Münster nur schmaler Raum gegeben, weil die beiden letzten Plenarversammlungen hierfür umfangreiche Arbeit geleistet hatten; überdies ist auf die III. Europäische Rektorenkonferenz im September 1964 hinzuweisen, über deren organisatorische Vorbereitungen der gastgebende Rektor der Universität Göttingen berichtete; deren thematischer Vorbereitung waren die Arbeiten und Empfehlungen über „die maximale und optimale Größe einer Universität“ — dem Generalthema der Konferenz in Göttingen — gewidmet.

Im Rahmen der Interna der Westdeutschen Rektorenkonferenz wurde — neben Haushaltsabschluß und Entlastung und anderem — als neuer Vizepräsident Professor Dr. Schieder, Rektor der Universität Köln, gewählt, der sein Amt am 16. Oktober 1964 übernehmen wird, wenn Professor Sieverts, Prorektor der Universität Hamburg, die Präsidentschaft der Westdeutschen Rektorenkonferenz antritt und der — die Tagung in Münster leitende — Präsident, Professor Speer, als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu wirken beginnt.

Der Dank für die großzügige Gastlichkeit der Universität und der Stadt Münster sowie des Landes Nordrhein-Westfalen bezog sich auch auf das reichhaltige „Damenprogramm“. Es darf einmal jene charmante „Ungerechtigkeit“ hervorgehoben werden, daß im Zeitraum harter und anstrengender Arbeit der Rektoren und Prorektoren für die sie begleitenden Damen die Schönheiten und der Reichtum der Westfälischen Landschaft, deren Wasserburgen und Pferdekoppeln aufgeschlossen wurden. Dr. W. Kalischer

Jahresbilanz 1963 des Deutschen Akademischen Austauschdienstes

Mit der Eröffnung seiner Zweigstelle Paris im Dezember 1963 konnte der DAAD wiederum ein Jahr von wachsenden Aufgaben und Leistungen abschließen. Es war das 14. Arbeitsjahr seit seiner Wiederbegründung 1950. Nach einer kurzen Information über die kritischen Worte des Präsidenten Professor Dr. E. Lehnartz zur Finanzierung des laufenden Jahres durch den Bund bei Vorlage des Jahresberichtes für 1963 (vergl. HD XVII/Nr. 11 vom Juni 1964) berichten wir nunmehr ausführlicher über einzelne Aufgaben und Leistungen dieser zentralen deutschen Organisation für das Auslandsstudium deutscher Studenten und Jungakademiker sowie für das Studium des ausländischen wissenschaftlichen Nachwuchses in der Bundesrepublik im letzten Arbeitsjahr.

*

27,7 Millionen DM (nach 25,5 Millionen DM im Vorjahr) standen dem DAAD 1963 zur Förderung des akademischen Austausches zwischen Deutschland und nahezu allen Ländern der Welt zur Verfügung. Zu den wichtigsten Programmen, die von fast 100 Mitarbeitern in der Godesberger DAAD-Zentrale und in vier Auslandszweigstellen bearbeitet werden, gehören der Austausch von Hochschullehrern, die Vermittlung von DAAD-Lektoren, der Praktikantenaustausch und die Stipendienvergabe an ausländische und deutsche Studenten und junge Wissenschaftler.

Zahl ausländischer DAAD-Stipendiaten auf 2000 gestiegen

Seit Gründung des DAAD im Jahre 1925 gilt seine Hauptarbeit der Förderung des Auslandsstudiums deutscher und ausländischer Studenten. Allein seit Wiederbegründung des DAAD im Jahre 1950 konnten 10 513 junge Ausländer zum Studium in Deutschland eingeladen werden, während 2 003 deutsche Studenten und Jungakademiker mit DAAD-Hilfe im Ausland studieren oder forschen konnten.

Die Zahl ausländischer DAAD-Stipendiaten ist im Studienjahr 1962/63 noch einmal um über 200 auf 1 999 (Vorjahr: 1 761) angestiegen. Damit hat der DAAD eine seiner selbstgesteckten Grenzen erreicht; mit Sicherheit wird die Zahl der Stipendiaten aus dem Ausland auf absehbare Zeit um den erreichten Stand von 2 000 pendeln.

Der abermalige Sprung nach oben beruht — wie schon im Jahr zuvor — weniger darauf, daß dem Ausland 1963 mehr Stipendien als 1962 angeboten wurden, sondern auf der vermehrten Gewährung von Stipendienverlängerun-

gen. 882 junge Ausländer (Vorjahr: 758) konnten auf diese Weise ihr Studium in Deutschland fortsetzen.

Stipendienpolitik des DAAD

Diese Zahlen sagen bereits einiges über die Stipendienpolitik des DAAD aus. Es ging schon bisher nicht um eine von Jahr zu Jahr sprunghaft wachsende Stipendiatenzahl, und es wird erst recht in Zukunft nicht darum gehen. Denn auch eine Institution wie der DAAD kennt bei ihren Programmen — wenn man so sagen will — ein Betriebsoptimum, das mit 2 000 Stipendiaten erreicht zu sein scheint. Ziel des DAAD ist vielmehr eine sinnvolle Förderung junger Menschen, auch über längere Zeiträume. Vor allem nachweislich begabten Studenten aus den sog. Entwicklungsländern, die eine akademische Vollausbildung an unseren Hochschulen erstreben, kommt die Verlängerungsmöglichkeit der grundsätzlich für ein Jahr gewährten DAAD-Stipendien zugute. Sie können bei entsprechender Qualifikation bis zum Studienabschluß als DAAD-Stipendiaten in Deutschland studieren.

In vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas mangelt es aber weniger an Akademikern als vielmehr an gut ausgebildetem Nachwuchs für den mittleren Bereich. Außerdem erwies sich der Besuch einer wissenschaftlichen Hochschule in Deutschland nicht für alle Studenten aus den genannten Erdteilen als geeignet. Aus diesem Grunde bemühte sich der DAAD seit zwei Jahren intensiv um die Einrichtung eines Sonderprogrammes für Ingenieurschulstipendiaten. Die ersten 160 Stipendiaten sind inzwischen ausgeschrieben und im Ausland angeboten worden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Kultusministerien der Länder, denen die Ingenieurschulen unterstehen, die Carl-Duisberg-Gesellschaft und der DAAD arbeiten bei der Vergabe der Stipendien und bei der Auswahl der Bewerber eng zusammen.

Ein Experiment: Stipendienförderung im Heimatland

Aus dem konventionellen Rahmen der Stipendienpolitik fällt die Stipendienförderung junger Ausländer an den heimischen Universitäten. Der DAAD wagt dieses Experiment, weil mit weniger Geld mehr Studenten gefördert werden können, und weil diese jungen Menschen nicht aus ihrer angestammten Umgebung herausgerissen werden; Probleme der Anpassung und der Rückanpassung — Sprache, anderes Studiensystem, Anerkennung deutscher Examina im Heimatland — also ausgeklammert bleiben. Neun Stipendiaten wurden bereits verliehen. Sechs Nigerianer studieren als DAAD-Stipendiaten an den

Heimatuniversitäten Ibadan und Nsukka, drei Kongolesen an der Universität Lovanium/Léopoldville. Bereits angeboten wurden derartige Stipendien auch ausgewählten Universitäten in sechs weiteren afrikanischen Ländern.

Vorausgewählt werden diese Stipendiaten — wie alle anderen — von gemischten Kommissionen, bestehend aus deutschen und Vertretern des Heimatlandes. Die endgültige Entscheidung über die Stipendienverleihung behält sich in jedem Fall der DAAD vor, bei dem regelmäßig aus Professoren der verschiedensten Fachrichtungen zusammengesetzte Auswahlausschüsse tagen. Nicht zuletzt diesem sorgfältigen Ausleseverfahren ist es zuzuschreiben, daß die 1999 DAAD-Stipendiaten zur qualifizierten Spitzengruppe der 27 500 ausländischen Studenten in Deutschland gehören.

Europa vorn — Lateinamerika und Afrika holen auf

Die meisten Studenten des DAAD-Stipendiatenjahrgangs 1962/63 kamen wiederum aus Europa (482). Dichtauf folgten Lateinamerika (420) und der Ferne Osten (408). Mit deutlichem Abstand schlossen sich Afrika (285), der Nahe Osten (238) und Nordamerika/Australien (166 Stipendiaten) an. Daß sich große Veränderungen dieses Bildes gegenüber dem Vorjahr nicht ergeben haben, zeigt der prozentuale Vergleich. Am stärksten wuchs die Gruppe lateinamerikanischer Stipendiaten, die ihren Anteil um 3 Punkte von 18 auf 21 Prozent verbesserte. Um 48 Köpfe wuchs auch die Zahl der afrikanischen DAAD-Stipendiaten, deren Gruppenanteil mit 14 Prozent allerdings unverändert blieb. Nach einer sechszwanzigprozentigen Einbuße von 1961 auf 1962 schrumpfte der Anteil der Europäer noch einmal um zwei Prozent. Nur noch drei Prozent trägt damit der Vorsprung vor den gleichstarken Gruppen aus Lateinamerika und aus Fernost (je 21 Prozent).

Es wurde schon gesagt, daß die DAAD-Stipendiaten zur Spitzengruppe der ausländischen Studenten in Deutschland gehören. Das erhärtet eine Übersicht über ihren Ausbildungsstand. 36 Prozent der Stipendiaten sind jüngere Wissenschaftler mit abgeschlossenem Studium (7 Prozent legten ihre Schlußexamina an deutschen Hochschulen ab) und 43 Prozent haben schon die Hürde eines Vorexamens überwunden. Nur 21 Prozent der DAAD-Stipendiaten waren Studenten in den ersten Semestern.

Nur 288 Jahresstipendien für Deutsche

Der DAAD vergibt Stipendien nicht nur an Ausländer, sondern fördert auch das Auslandsstudium deutscher Studenten und jüngerer Wissenschaftler. Von einem Stipendiaten-Austausch kann aber leider nicht gesprochen werden, denn den 1999 ausländischen Stipendiaten stehen nur 288 Deutsche gegenüber, denen 1963 ein einjähriger Studienaufenthalt im Ausland ermöglicht werden konnte. Ein entscheidender Grund für dieses Mißverhältnis, das sich in den letzten Jahren ständig vergrößert hat, ist finanzieller Natur. Im DAAD-Haushalt 1963 standen DM 16 Millionen zur Förderung ausländischer Studenten und nur DM 800 000 für deutsche Stipendiaten bereit.

Diese knappe Finanzdecke zwang den DAAD und seine Auswahlausschüsse bei der Stipendienvergabe an Deutsche auf die unter den obwaltenden Umständen einzig sinnvolle Linie: Vorzugsweise Berücksichtigung junger deutscher Akademiker mit abgeschlossenem Studium. Festliegende Studien- und Forschungsvorhaben versprachen optimalen Ertrag bei Stipendiaten aus diesem Kreis. Weit geringer wurde der fachliche Gewinn veranschlagt, den ein Student ohne Studienabschluß mit nach Hause bringen würde. Minimal waren aus dem gleichen Grunde — von Ausnahmen abgesehen — die Chancen etwa eines fünften Semesters. Selbstverständlich weiß man beim DAAD sehr genau, daß nicht nur der mutmaßliche fachliche Nutzen im engsten Sinne bei der Verleihung eines Stipendiums zählen sollte, sondern daß es schon ein Wert für sich ist, wenn man — auch jungen — gutausgewiesenen Studenten die Möglichkeit geben könnte, Auslandserfahrung im weitesten Sinne zu sammeln. Die tägliche Erfahrung der DAAD-Studienberatungsstelle zeigt, daß gerade die jüngeren Semester, die noch nicht im Bann nahender Examina stehen, großes Interesse an Studien im Ausland bekunden.

Mehr junge Studenten ins Ausland

Es wundert daher nicht, daß die DAAD-Mitgliederversammlung — bestehend aus den Rektoren und den Studentenschaften der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik — in einer Resolution forderte: „Die Förderung eines Auslandsstudiums auch jüngerer deutscher Studenten ist unerläßlich. . . „, um die überall

benötigten Nachwuchskräfte mit Auslandserfahrung und Sprachkenntnissen heranzubilden.“

Das geschilderte Stipendiledemmma gilt fast ausschließlich für die von deutschen Studenten bevorzugten Studienländer USA, Großbritannien, Frankreich, Österreich und Schweiz. Demgegenüber ist es durchaus nicht leicht, beispielsweise geeignete Bewerber für niederländische, norwegische oder indische Stipendien zu finden. Gelegentlich bleiben Stipendienangebote aus solchen Ländern sogar ungenutzt.

An diesem Punkt entzündet sich meist die Diskussion über die „Auslandsmüdigkeit“ deutscher Studenten. Aber schon der Ansatzpunkt dürfte falsch sein. Es läßt sich nämlich leicht erklären, warum, und es ist verständlich, daß die USA, England, Frankreich und das deutschsprachige Ausland von jungen Deutschen bevorzugt werden. Außerdem werden deutschen Studenten zur Stützung der These von der „Auslandsmüdigkeit“ Motive unterschoben, die sich bei genauer Untersuchung als nicht oder nur begrenzt stichhaltig erweisen könnten. Leider fehlen exakte Studien zu diesem Problem. Nicht einmal die genaue Zahl deutscher Studenten im Ausland ist bekannt, und Schätzungen sind von zweifelhaftem Wert. Mit einem Wort, man tappt im Dunkeln.

Daß deutsche Studenten gewisse Reserven gegenüber einem Auslandsstudium haben, soll nicht bestritten werden. Der DAAD selbst hat im vergangenen Jahr zu skizzieren versucht, welche Hürden den Weg ins Ausland erschweren. Trotzdem besteht kein Zweifel daran, daß bei reichlicher fließenden Stipendienmitteln jeder Pfennig genutzt werden könnte, um qualifizierte junge Studenten nach England, Frankreich und in die USA zu schicken.

Aus deutschen Mitteln konnte der DAAD im Studienjahr 1962/63 nur 90 (Vorjahr: 76) Jahresstipendien vergeben, denen 139 (Vorjahr: 129) Gegenstipendien ausländischer Hochschulen und Regierungen und 59 (68) Stipendien internationaler Organisationen gegenüberstanden. Von 288 auf 467 erhöht sich die Zahl der Deutschen, die mit DAAD-Hilfe ins Ausland gehen konnten, wenn man die 129 kurzfristigen Ferienkursstipendien und 50 OECD-Informationsstipendien hinzurechnet. Weitere 47 Stipendien wurden 1963 für Sprachstudien in Deutschland verliehen.

Mehr Praktikanten denn je

Ein günstigeres Bild zeigt die Entwicklung des Austausches von Hochschulpraktikanten technischer und naturwissenschaftlicher Fächer. Im Rahmen der IAESTE (International Association for the Exchange of Students for Technical Experience) und durch zusätzliche Einzelvermittlung konnte der DAAD 1963 1 191 (Vorjahr: 1 238) deutschen Studenten mehrmonatige Ferienpraktika in 18 europäischen und 8 überseeischen Ländern ermöglichen, während 3 497 (2 519) ausländische Naturwissenschaftler und Techniker aus 18 europäischen und ca. 20 überseeischen Staaten ein Ferienpraktikum in deutschen Industriebetrieben ableisten konnten. Bei den deutschen Studenten wurde das Ergebnis des Vorjahres nicht ganz erreicht. Dagegen schnellte die Zahl ausländischer Praktikanten um fast 1 000 in die Höhe. Die Ursache für diesen rapiden Anstieg der Ausländerzahl ist leicht erklärt: Viele ausländische Studenten setzen sich „auf eigene Faust“ mit deutschen Firmen in Verbindung. Bisher kamen sie als sog. „freie“ Praktikanten in die Bundesrepublik, aber 1963 wurden sie erstmals in den IAESTE-Austausch einbezogen und mußten sich vor der Reise nach Deutschland einer Eignungsprüfung an der Heimatuniversität unterziehen.

Am Gesamtaustausch der 29 IAESTE-Mitgliedsländer — 8 455 Studenten — war Deutschland mit 4 688 Praktikanten beteiligt. Bei der Aufnahme von Studenten entsprach das einem Anteil von fast 35 Prozent, bei der Entsendung von 14 Prozent. Damit stand die Bundesrepublik auch 1963 wieder an der Spitze aller IAESTE-Länder.

Die hochindustrialisierte Bundesrepublik hat schon in den zurückliegenden Jahren stets mehr ausländische Praktikanten aufgenommen als sie deutsche Studenten entsandte. Das Mißverhältnis zwischen den beiden Werten vergrößerte sich von Jahr zu Jahr. Angesichts dieser Entwicklung ist es besonders bedauerlich, daß 1963 wiederum 117 Praktikantenplätze für deutsche Studenten mangels Nachfrage frei und weitere 90 Stellen durch verspätete Rücktritte unausgenutzt blieben. Dies liegt, wie es im DAAD-Jahresbericht wörtlich heißt, „an der schon im Vorjahr beobachteten nachlassenden Nachfrage deutscher Studenten nach einem Auslandsaufenthalt in bestimmten Ländern, vor allen Dingen in den Nachbarländern, die z. T. weder sprachlich von besonderem Interesse

sind noch bezüglich des Durchschnittsentgelts mit den meisten Austauschländern der IAESTE konkurrieren können.“

Erfreulich entwickelte sich 1963 auch der Famulanten-austausch, für den der Fachverband Medizin im VDS in Zusammenarbeit und mit finanzieller Hilfe des DAAD verantwortlich zeichnet. Nach 850 und 900 ausgetauschten Famulaturplätzen in den Vorjahren wurden 1963 rund 1 100 Medizinstudenten zwischen Deutschland, 19 europäischen Ländern, Kanada, dem Senegal und den USA ausgetauscht. Die Zahl der deutschen und der ausländischen Austausch Teilnehmer — 523 bzw. 566 — hält sich fast die Waage.

Professoren Austausch — Einladung ausl. Wissenschaftler
Mit „Austausch von Hochschullehrern“ und „Studienaufenthalte ausländischer Wissenschaftler“ sind zwei weitere Kapitel des DAAD-Jahresberichtes überschrieben. Beide Programme dienen der Knüpfung und Festigung wissenschaftlicher Beziehungen zwischen Gelehrten aus aller Welt.

Zwischen 11 europäischen Ländern und Japan wechselten 1963 im Rahmen fester Austauschvereinbarungen 110 Hochschullehrer hinüber und herüber. Sie hielten sich meist 8—10 Tage in den jeweiligen Besuchsländern auf, um Gastvorlesungen zu halten und die neuesten Forschungsergebnisse der gastgebenden Hochschulen kennenzulernen. Darüberhinaus wurden 370 Wissenschaftler aus 59 Ländern aller Kontinente vom DAAD zu 2 bis 3-monatigen Studienaufenthalten in Deutschland eingeladen. Bemerkenswert ist, daß es für diesen Zweig des wissenschaftlichen Austauschs keinen undurchdringlichen Eisernen Vorhang gibt, denn immerhin folgten je 5 Gelehrte aus Bulgarien, Polen und der Tschechoslowakei und 7 aus Ungarn einer Einladung nach Deutschland.

Die Zahl der DAAD-Lektoren, die an Universitäten und Hochschulen im Ausland 40 000 Studenten in deutscher Sprache und Literatur unterrichten, erhöhte sich im Berichtsjahr noch einmal kräftig von 152 auf 188. 100 Lektorate bestehen in Europa, 53 in Asien, 26 in Nord- und Lateinamerika und 9 in Afrika. Diese Erfolgsbilanz sollte aber nicht den Blick dafür trüben, daß längst nicht alle Bitten ausländischer Hochschulen um Vermittlung eines Lektors erfüllt werden konnten. Daran hat sich auch durch die inzwischen erfolgte Entsendung von 13 weiteren Lektoren nichts geändert.

Die DAAD-Mitgliederversammlung verabschiedete deshalb eine Empfehlung, in der es u. a. heißt: „Der Tätigkeit von DAAD-Lektoren für die deutsche Sprache und Literatur kommt eine besondere kulturpolitische Bedeutung zu...“

Drei neue Pläne für die Errichtung eines deutschen Bildungsrates

Die Konstituierung eines dem Wissenschaftsrat nachgebildeten Bildungsrates und eines dritten Rates für sonstige kulturelle Angelegenheiten plant das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung. Diesen drei Räten soll nach den Worten von Minister Lenz ein gemeinsames Steuerorgan vorangestellt werden, das aus einer fünfköpfigen Bundesdelegation unter Vorsitz des Bundeskanzlers und einer Länderdelegation (Ministerpräsidenten) bestehen soll.

In einem Überblick über Bildungsplanung gab Ministerialdirigent Scheidemann der Meinung Ausdruck, daß der Erfolg des Wissenschaftsrates zur Ausdehnung des Erfolgsprinzips anregen sollte, Wissenschaft und Exekutive auch auf den übrigen Gebieten der Kulturpolitik fruchtbringend zusammenwirken zu lassen. Mit einer derartigen Regelung sei dem Wunsch der Kultusminister der Länder nach einer institutionalisierten Zusammenarbeit Folge geleistet.

Auch seitens der SPD ist die Einberufung eines „Deutschen Bildungsrates“ gefordert worden. Diese Forderung ist in einem Memorandum mit „bildungspolitischen Leitsätzen“ enthalten, die von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der Partei einstimmig gebilligt und von Prof. Carlo Schmid bekanntgegeben und erläutert worden sind. Nach den Vorstellungen der SPD soll der Bildungsrat den Parlamenten und Verwaltungen bei den Bemühungen um eine „planvolle Entwicklungspolitik“ helfen. Er soll die „Entwicklung des deutschen Erziehungs- und Bildungswesens in ihren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen“ verfolgen, soll Fehlentwicklungen und Engpässe aufzeigen und die Kultusministerkonferenz beraten. Der Bildungsrat soll aus 20 Per-

Es scheint bedenklich, daß sich der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) aus finanziellen Gründen außerstande sieht, den zahlreichen Wünschen ausländischer Hochschulen nach Entsendung eines Lektors für deutsche Sprache nachzukommen.“

Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses auszugsweisen Berichtes auch auf die übrigen Arbeitsgebiete des DAAD ausführlicher einzugehen. Erwähnt sei aber noch, daß der DAAD im vergangenen Jahr 172 Studienreisegruppen mit mehr als 4500 Teilnehmern aus 31 Ländern förderte, Programme für ihre Reisen durch Deutschland ausarbeitete und sprachkundige Reisebegleiter stellte. Am Technischen Hilfsprogramm der UNESCO wirkte der DAAD durch die Auswahl deutscher Experten für Arbeiten in den Entwicklungsländern mit, und durch die Veröffentlichung von zahlreichen Studienführern und Merkblättern gab er ausländischen Studenten exaktes Informationsmaterial für die Studienbedingungen in Deutschland an die Hand; für deutsche Studenten werden Schriften über das Studium im Ausland vorbereitet.

Von der Zentrale des Deutschen Akademischen Austauschdienstes aus und unterstützt durch die Arbeit der DAAD-Zweigstellen in London, Paris, Kairo und New Delhi, wird der größte Anteil des akademischen Austausches zwischen der Bundesrepublik und fast allen Ländern der Welt gesteuert.

Informationsschau an den Hochschulen

Aufgrund der Tatsache, daß längst nicht alle Studenten und jungen Akademiker — aber auch nicht alle Professoren — über den DAAD und die Möglichkeiten, die er bietet, ausreichend informiert sind, entschloß sich der DAAD mit einer Ausstellung in die Hochschulen selbst zu gehen. Eine aus 20 Bildtafeln bestehende Ausstellung illustriert seine wichtigsten Arbeitsgebiete. Das Goethe-Institut in München hat weitere 10 Tafeln angeschlossen. Durch das Zusammengehen von DAAD und Goethe-Institut vermittelt diese Ausstellung mehr als nur einen Einblick in die Arbeit dieser beiden großen Institutionen. Sie zeigt zugleich einen wesentlichen Ausschnitt dessen, was an deutscher Kulturarbeit im Ausland geleistet wird. Nachdem die Ausstellung soeben in Bonn vorgeführt worden ist, wird sie anschließend in weiteren deutschen Hochschulen gezeigt werden.

Außer dem 152 Seiten umfassenden Jahresbericht 1963, der auch die personelle Zusammensetzung der Organe, der Ausschüsse, der Zentrale und Zweigstellen enthält, legt der DAAD zugleich auch eine mit instruktiven Bildern ausgestattete Schrift über seine Geschichte und seine Aufgaben vor.

sönlichkeiten aus Wissenschaft, Erziehung, Bildungswesen, Wirtschaft und Politik zusammengesetzt sein, die auf gemeinsamen Vorschlag der Kultusminister, des Bundesinnenministers und des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung von den Ministerpräsidenten der Länder berufen werden müßten. Er hätte alle zwei Jahre über seine Tätigkeit zu berichten und gleichzeitig hinzuweisen auf die zukünftigen Aufgaben in ihrer gebotenen Dringlichkeit.

Ebenfalls mit einem Vorschlag für die deutsche Bildungs- und Kulturpolitik ist der baden-württembergische Kultusminister Professor Hahn hervorgetreten. Seine Vorstellungen unterscheiden sich erheblich von den Vorschlägen, die seitens SPD und Bundeswissenschaftsministerium zur Schaffung eines deutschen Bildungsrates und deutschen Kulturrates zur Diskussion gestellt wurden. Hahn, der sich mit Kultusminister Mikat, einigen Hochschulprofessoren und maßgeblichen Kulturpolitikern der CDU abgesprochen hat, empfiehlt eine Erweiterung des Deutschen Wissenschaftsrates zu einem „Deutschen Wissenschafts- und Bildungsrat“. Neben die Wissenschaftliche Kommission, die jetzt hauptsächlich für Fragen der Hochschulen zuständig ist, solle eine gleichartig konstruierte „Kommission für das Bildungswesen“ für die Aufgaben der Bildungs- und Kulturpolitik treten. Die zweiundzwanzig Mitglieder dieser Kommission sollen vom Bundespräsidenten auf gemeinsamen Vorschlag der Bundesregierung und der Länderregierungen berufen werden. Die Verwaltungskommission bleibt bestehen, der die Kultusminister und die Staatssekretäre der Bundesregierung angehören. Die Zahl der Ausschüsse sollen entsprechend ergänzt werden.

Perspektiven und Erfahrungen

14. Lindauer Nobelpreisträgertagung — Verbindung von Chemie und Medizin

„Molekularkrankheiten“ nennt man neuerdings eine Reihe von Erkrankungen, die alle auf einen „Konstruktionsfehler“ in bestimmten Molekülen zurückgehen. Der Begriff stammt von einem Wissenschaftler, der die höchste Auszeichnung als einziger neben Madame Curie zweimal erhalten hat: von dem amerikanischen Chemiker Professor Linus Pauling. Er war 1954 für seine Untersuchungen über die Natur der chemischen Bindung und die Anwendung zur Klärung der Struktur komplexer Substanzen mit dem Nobelpreis für Chemie und im letzten Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden.

Auf der 14. Lindauer Nobelpreisträgertagung, die zum fünften Male den Chemikern gewidmet war, gab Linus Pauling einen Überblick über das, was er die Molekularkrankheiten nennt, aber auch über einige Perspektiven, die sich aus dieser Bezeichnung ergeben. Denn es handelt sich nicht um völlig neue, eben erst entdeckte Erkrankungen, sondern vielmehr um eine neue Gruppierung, die allerdings über den Krankheitsbegriff weit hinausgeht und verschiedene bedeutsame Konsequenzen hat.

Sichelzellen-Anämie als Beispiel

Zum ersten Male wurde der Begriff „Molekularkrankheiten“ auf die sogenannte Sichelzellenanämie angewandt, eine Blutkrankheit, bei der die roten Blutkörperchen auf eigenartige Weise, meist in Form einer Sichel, verzerrt sind. Pauling fand heraus, daß diese Krankheit, eine vor allem in Zentralafrika verbreitete Form von Blutarmut, auf einen „Konstruktionsfehler“ im Hämoglobin, dem roten Blutfarbstoff, zurückzuführen ist. Ein Hämoglobinmolekül, wie alle Eiweißmoleküle von recht komplizierter Bauweise, besteht aus ungefähr zehntausend Atomen; das Wassermolekül zum Beispiel besitzt dagegen nur drei Atome, ist also unvergleichlich viel einfacher konstruiert. Durch kosmische Strahlen oder durch andere Einflüsse kann nun ein Gen als Träger der Erbeigenschaften so geschädigt werden, daß es ein Eiweißmolekül produziert, bei dem sich einige wenige Atome vom entsprechenden „normalen“ Molekül unterscheiden. Beim Hämoglobin ist es vor allem die Gruppe von vier Eisenatomen, die dabei betroffen werden, wenn als Folge die Sichelzellenanämie auftritt. Dieses fehlerhafte Molekül wird nun vom Körper immer wieder produziert, und diese fehlerhafte Fähigkeit vererbt sich durch die Generationen.

Seit der Entdeckung dieses „kranken“, fehlkonstruierten Sichelzellenanämie-Hämoglobins sind viele andere Krankheiten ermittelt worden, die auf anormale Hämoglobine zurückzuführen sind, wie Pauling berichtete. Die Erkenntnisse über diese Art von Erkrankungen, die im gewissen Sinne „chemische“ Krankheiten sind — Fehlkonstruktionen im Molekülaufbau —, sind aber auch die Voraussetzungen, um diese Krankheiten eines Tages wirksam bekämpfen zu können. Molekularmedizin und Molekularbiologie sind nach Paulings Ansicht neue Arbeitsgebiete, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch große Bedeutung erlangen werden.

Rückschlüsse auf Abstammung

Doch diese Erkenntnisse lassen auch noch andere Schlüsse zu, wie Pauling in seinem Lindauer Vortrag demonstrierte. Es hat sich gezeigt, daß die Struktur bestimmter Eiweißmoleküle, die bei Mensch und Tier gleichermaßen vorhanden sind, in einer charakteristischen Weise Unterschiede im Molekülaufbau haben. Pauling deutete diese Unterschiede im Zusammenhang mit der Abstammungslehre: die unterschiedliche Molekülkonstruktion ist zum Beispiel bei den Affenarten geringer verändert gegenüber dem Menschen als beim Pferd. Pauling glaubt sogar, aus diesen Unterschieden auf zeitliche Zusammenhänge schließen zu können, und nannte als Zeitpunkt, an dem sich der Stamm der Menschen von dem der Pferde trennte, rund 130 Millionen Jahre.

Mögen solche kühnen Folgerungen vielleicht vorerst noch mehr spekulativen Charakter haben, so scheinen andererseits die Aussichten beachtlich, mit den Erkenntnissen der Molekularbiologie das Geheimnis der Anästhesie zu klären. Da hier offenbar durch künstliche Eingriffe molekulare Änderungen erreicht werden, die komplizierte psychische Funktionen beeinflussen, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß man auf diesem Wege eines Tages bestimmte Geisteskrankheiten behandeln kann.

Milch ohne Eiweißfütterung

Ganz andere Perspektiven, auch Zukunftserwägungen, aber von etwas „realerem“ Charakter, eröffnete ein Vortrag des finnischen Nobelpreisträgers Professor Arturi Virtanen auf der Lindauer Nobelpreisträgertagung. Virtanen hat in dem von ihm geleiteten Biochemischen Forschungsinstitut in Helsinki seit über zwei Jahren einen Versuch laufen, der für viele Menschen vielleicht eines Tages die Rettung vor Hunger und Not bedeuten kann: er füttert einige Kühe mit einem Kunstfutter, das keinerlei Eiweiß enthält. Normalerweise ist im Kuhfutter Eiweiß, das die Kuh dann, bildlich gesprochen, in tierisches Eiweiß umbildet und mit der Milch wieder abgibt. Daneben ist der Pansen jedoch in der Lage, von sich aus Eiweiß herzustellen; dabei fungieren einfache Stickstoffverbindungen wie Harnstoff und Ammoniumsalze, als einzige Stickstoffquellen. Diese Eiweißproduktion im Pansen konnte nun in Virtanens Versuch so stark erhöht werden, daß eine Milcherzeugung ohne Eiweißfütterung erreicht wurde. Diese Milch ähnelt in Geschmack und Geruch der Normalmilch in erstaunlicher Weise, dazu ist sie sehr vitaminhaltig; auch sonst scheint diese Milch durchaus den Anforderungen zu entsprechen, die man an normale Milch stellt. Dieses Experiment bedeutet, daß in Ländern, die aus irgendwelchen Gründen kein eiweißreiches Kuhfutter haben, trotzdem eine Milchproduktion geschaffen werden könnte. Man müßte nur ein billiges, genügend verdauliches Kohlenhydratfutter herstellen.

Umweg und Irrtümer der Forschung

Daß wissenschaftliche Versuche keineswegs immer so zielbestimmt und mit überschaubaren Konsequenzen veranstaltet werden, machten aus der Lindauer Tagung zwei mehr der Rückschau gewidmete Vorträge sichtbar. Der deutsche Nobelpreisträger der Chemie vom vergangenen Jahr, Professor Dr. Karl Ziegler (Mühlheim/Ruhr), und Professor Otto Hahn, der 85jährige Entdecker der Atomspaltung, machten den über 600 jungen Studenten und Wissenschaftlern, die diesmal aus allen Teilen Europas, darunter auch aus der Ostzone und erstmals aus der Tschechoslowakei, nach Lindau gekommen waren, mit vielen interessanten und manchmal auch amüsanten Einzelheiten klar, daß wissenschaftliche Forschung viel Unvoreingenommenheit, offenen Blick und Geduld erfordert. Dabei ist das Ergebnis mancher Versuche keineswegs so, wie man es vorher erwartet hatte, und mancher Umweg mußte erst beschritten werden, bis man zu einem mitunter völlig ungeahnten Ziel gekommen ist. Ziegler hat sich über vierzig Jahre lang mit bestimmten Fragen der organischen Chemie befaßt, die schließlich zu Ergebnissen führten, die ihm den Nobelpreis einbrachten. Diese Ergebnisse waren für die Gewinnung von Kautschuk von großer Bedeutung.

Auch Otto Hahn hat in seinem langen Gelehrtenleben viele Überraschungen erlebt; von der Entdeckung einiger Elemente, die eigentlich erst seinen Weg als Forscher bestimmten, bis zu den vierjährigen Arbeiten mit Lise Meitner und seinem Kollegen Strassmann, die den „Transurane“ galten und zur Atomspaltung führten, verlief manches Experiment anders, als er geplant hatte. Der Zufall hat dabei mitunter keine geringere Rolle gespielt als mangelhafte oder falsche theoretische Vorstellungen, über die man erst hinwegkommen mußte. Die Atomspaltung zum Beispiel war, wie Hahn betonte, nach der physikalischen Ansicht jener Jahre eigentlich „verboten“, unzulässig, unmöglich. Aber die Theorie stimmte nicht, wie Hahn mit seinem berühmten Experiment zu seiner eigenen Überraschung feststellte.

Nach Jahrzehnten geklärte Beobachtungen

Mitunter kommt es auch vor, daß Forscher die Bedeutung ihrer Entdeckung gar nicht richtig erkennen oder die Ergebnisse nicht weiter beachten. Dabei spielen gewiß manchmal auch einfach die fehlenden technischen und experimentellen Hilfsmittel eine wichtige Rolle. So kommt es vor, daß Entdeckungen erst nach vielen Jahren, ja Jahrzehnten endgültig geklärt und erklärt werden. Ein klassisches Beispiel dafür brachte der Heidelberger Nobelpreisträger Professor Dr. Richard Kuhn, Direktor des Max-Planck-Instituts für medizinische Forschung, in Lindau zur Sprache. Er gedachte eines bedeutenden deutschen Chemikers. August Wilhelm von Hofmann (1818—

1892), der nicht nur als Begründer der Deutschen Chemischen Gesellschaft (1867) in die Geschichte eingegangen ist, sondern auch als erfolgreicher Wissenschaftler. Ihm ist unter anderem die Grundlage der technischen Gewinnung des Anilins zu verdanken.

Kuhn, der mit dieser Erinnerung an einen wichtigen Vorgänger der heutigen Nobelpreisträger eine neuere Tradition der Nobelpreisträger tagungen in Lindau fortsetzte, hatte Hofmann aber noch aus anderen Gründen gewählt. Hofmann hat zwei Beobachtungen gemacht, die er nicht weiter verfolgte und wohl auch in ihrer Bedeutung kaum richtig eingeschätzt hat. Ihm ist schon zehn Jahre vor A. v. Baeyer, der die synthetische Herstellung des Indigos fand, zwar nicht die Synthese dieses Farbstoffes selbst, wohl aber eines Derivates dieses Naturfarbstoffes, des Dianil des Indigos, gelungen. Bedeutsamer ist die zweite Beobachtung, die erst in jüngster Zeit in Kuhns Heidelberger Institut und von amerikanischen Forschern erklärt werden konnte.

Hofmann hatte beobachtet, daß aus Citronensäure und Ammoniak ein blauer Farbstoff entsteht. Jetzt hat man herausgefunden, daß der gleiche Farbstoff auch von gewissen Bakterien (*Artrobacter crystallopoietes*) gebildet und weitere verwandte Pigmente dieses Farbstoffes in Mikroorganismen, zum Beispiel in dem pflanzenpathogenen Bakterium *Corynebacterium insidiosum*, zu finden sind. Merkwürdigerweise gelingt die Bildung des Farbstoffes nur diesen Bakterien, nicht aber Menschen oder Tieren. Offenbar verfügen die Bakterien über gewisse Enzyme, die diese Reaktion erst möglich machen.

Geheimnisse der Eiweiß-Moleküle

Die Arbeiten der Wissenschaften führen nicht nur nicht immer zu den erwarteten und erstrebten Zielen, sondern werfen manchmal auch ganz neue, schwierige Fragen auf. Das machte der englische Chemiker Professor John C. Kendrew (Cambridge) deutlich, der zusammen mit Max Perutz im Jahre 1962 den Nobelpreis für die Erforschung der Struktur der Eiweißmoleküle Myoglobin und Hämoglobin erhalten hatte. Diese Moleküle, die beide vor allem die Aufgabe des Sauerstofftransportes — im Muskelgewebe, beziehungsweise im Blut — haben, konnten in ihrer komplizierten Struktur weitgehend geklärt werden. Sie unterscheiden sich vor allem dadurch, daß das Myoglobin wesentlich einfacher gebaut ist: es hat nur 2500 Atome und besteht nur aus einem schlauchförmigen Gebilde, während das Hämoglobin viermal so viel Atome und auch vier „Ketten“ in Schlauchform hat. Wie Kendrew mit äußerst schwierigen Experimenten nachweisen konnte, hat das Myoglobin-Molekül eine eigenartige, aber, wie sich zeigte, keineswegs zufällige Form: der „Schlauch“, in dem die Atome und Atomgruppen spiralförmig angeordnet sind, sieht aus wie ein vielfach zusammengebogenes Rohr. Überraschenderweise fand Perutz, daß jede der vier „Ketten“ des Hämoglobins ganz genau die gleiche merkwürdige „Zusammenfaltung“ mit der gleichen Form aufweist.

Nun war naheliegend, daß nicht nur die äußere Form, sondern auch der „Inhalt“ des Gebildes identisch sein müßte. Doch hier erlebten Kendrew und Perutz eine Überraschung: nur ein Sechstel beziehungsweise ein Drittel der Atomgruppen des Myoglobin und des Hämoglobin stimmten überein. Warum das so ist, weiß man bis heute nicht: hier steht die Forschung vor einem neuen Rätsel. Aber das ist nicht das einzige Geheimnis, das die Natur vorerst noch für sich bewahrt. So kennt man bisher auch nur ungefähr die Kräfte, die das Eiweißmolekül zusammenhalten, und gar nichts weiß man über die Gründe und die Kräfte, die den „Schlauch“ des Häm- und Myoglobins auf so wunderliche Weise zusammenbiegen. Auch hier schien sich des Rätsels Lösung anzubieten: an dem Schlauch lassen sich deutlich „gerade Stücke“ von den „Biegungsstellen“ unterscheiden. Bei den geraden Stücken ist die Struktur im ganzen Molekül gleich. Kendrew hoffte nun, Entsprechendes auch bei den Biegungsstellen zu finden: aber ihre Struktur war in jedem einzelnen Falle anders. Auch dafür kann man noch keinen „vernünftigen“ Grund angeben.

Die Entstehung des Sonnensystems

Aus dieser Welt des Kleinsten holte schließlich der Amerikaner Harold Urey, der Entdecker des schweren Wasserstoffes, die Teilnehmer der Lindauer Nobelpreisträgertagung nicht nur in die „normale“ Welt zurück, sondern führte sie in den Weltraum, wo auch die Chemiker noch einige Fragen zu lösen haben. Urey hat vor einigen Jahren eine neue Theorie der Entstehung und des Ursprungs unseres Sonnensystems veröffentlicht, die nicht ohne Widerspruch blieb. Mit dieser Kritik setzte sich Urey in Lindau auseinander und berichtete zugleich über die neuesten Untersuchungen an Meteoriten, den einzigen „Himmelsboten“, die unsere Erde erreichen und uns Aufschluß über die chemische Zusammensetzung anderer Himmelskörper geben. Freilich ist auch hier noch viel ungeklärt, wie Urey nicht verschwiegen. Er rechnet damit, daß sich die Bildung des Sonnensystems über einen Zeitraum von 50 Millionen Jahren hinzog und dabei eine ganze Reihe von verschiedenen Phasen durchmachte. Auf Zeiten hohen Drucks folgten Abschnitte mit geringerem Druck, auch die Temperatur hat sich offenbar mehrfach verändert. Zu solchen Annahmen sind die Chemiker gezwungen, wenn sie ihre wissenschaftlichen Erfahrungen mit den Beobachtungen und Untersuchungen an Meteoriten in Übereinstimmung bringen wollen. Zu den schwierigsten Objekten dieser Forschungsrichtung gehört nach Urey unser Mond. Wir werden über ihn, wie Urey sagte, wohl erst dann genaueres erfahren, wenn ein Mondflug gelingt, bei dem Proben der Oberfläche zur Erde zurückgebracht werden. Dann lassen sich aus dem Ergebnis der chemischen Analysen nicht nur Rückschlüsse auf die Struktur und die Entstehung des Erdtrabanten, sondern vielleicht neue wichtige Einsichten in die Ursprünge unseres ganzen Sonnensystems ziehen.

Jürgen Buschkiel

Die 102. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister in Köln

Die Kultusminister der Länder trafen in Köln unter dem Vorsitz von Kultusminister Professor Dr. Paul Mikat zu ihrer 102. Plenarsitzung zusammen. Sie stimmten darin überein, daß eine umfassende Bildungsplanung notwendig ist. In Anknüpfung an die Berliner Erklärung der 100. Plenarsitzung stellten sie fest, daß erst eine solche Bildungsplanung die Möglichkeiten zu schaffen vermag, um über den Ausbau des bestehenden Bildungswesens hinaus neue Zielvorstellungen — besonders im Hinblick auf die wachsende europäische Integration — zu entwickeln und zu verwirklichen.

Bildungsplanung setzt die Überprüfung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Bildungseinrichtungen und den Versuch von Vorausberechnungen des zukünftigen Bedarfs an Ausbildungseinrichtungen voraus. Solche Arbeiten müssen sich auf statistische Erhebungen und Analysen zur Überprüfung nach der quantitativen Seite wie auf systematische Forschungen zur Überprüfung nach der inhaltlich-qualitativen Seite erstrecken. Zur Durchführung dieser Aufgaben werden die vorhandenen Einrichtungen und Gremien organisch weiter zu entwickeln sein. In unserem demokratischen Bundesstaat kann und darf Bildungsplanung nur in einer steten Wechselwirkung zwischen den Ländern und dem Bund erfolgen. Die Bil-

dingsplanung der Länder setzt auch die Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und des sich daraus ergebenden langfristigen Bedarfs an qualifizierten Kräften der einzelnen Aus- und Fortbildungsstufen voraus. Hierzu ist die Hilfe des Bundes erforderlich. Die Kultusministerkonferenz hat beschlossen, sich deswegen an die Bundesregierung zu wenden. Ferner wird die Kultusministerkonferenz zur Klärung bestimmter Sachfragen ad hoc-Kommissionen bilden. Vorgesehen sind bereits Kommissionen für Fragen der Ausbildungsbeihilfen und für die Berufsausbildung. Die Mitwirkung des Bundes an diesen Kommissionen ist erwünscht.

Auch die Beratungen der Kultusministerkonferenz über die Erneuerung des Düsseldorfer Abkommens wurden unter dem Aspekt der Bildungsplanung geführt. Die Überlegungen richteten sich vor allem darauf, wie neue Entwicklungen im deutschen Schulwesen eingeleitet werden können, die die Erfordernisse der Zukunft erfüllen. Die Kultusminister und -senatoren stimmten darin überein, daß hierbei auch neue Möglichkeiten eröffnet werden müssen, die Zahl der Abiturienten zu steigern. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem erwogen, in der Volksschuloberstufe obligatorischen Unterricht in einer

lebenden Fremdsprache allgemein einzuführen, gymnasiale Aufbaustufen von den Volksschulen und von den Mittelschulen her zu institutionalisieren und die Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums einheitlich zu gestalten. Die Beschränkung auf zwei Pflichtfremdsprachen (mit Ausnahme des jetzigen altsprachlichen Gymnasiums) würde zur einheitlichen Gestaltung der Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums beitragen. Für die Oberstufe der Gymnasien wurde überlegt, ob neben den traditionellen Typen weitere Möglichkeiten durch die Bildung neuer Schwerpunkte (Wirtschaftsgymnasium, Sozialkundliches und Musisches Gymnasium) geschaffen werden können. Schließlich wurde auch die Stellung der Oberschulen, die zur Fakultätsreife führen, erörtert.

Der Schulausschuß der Kultusministerkonferenz wurde beauftragt, auf der Grundlage des Beratungsergebnisses dem Plenum der Kultusministerkonferenz formulierte Vorschläge für die Novellierung des Düsseldorfer Abkommens vorzulegen.

Bericht und Erörterung der europäischen Zusammenarbeit

Die Kultusminister nahmen sodann einen umfassenden Bericht von Bürgermeister Dehnkamp/Bremen über den Verlauf und die Schwerpunkte der 4. Konferenz der Europäischen Erziehungsminister entgegen, die im April 1964 in London stattgefunden hatte. Sie erörterten anschließend eingehend die Ergebnisse der Sitzungen des Obersten Schulrates der Europäischen Schulen vom März und Juni 1964, dessen Vorsitz in diesem Jahr turnusgemäß der

Vertreter der Bundesrepublik Deutschland für den Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Bürgermeister Dehnkamp, führt. Die Kultusminister beschlossen auf Grund des ausführlichen Berichtes von Bürgermeister Dehnkamp, die Mitarbeit in den Inspektionsausschüssen der Europäischen Schulen zu verstärken; sie beschlossen einstimmig eine Empfehlung des Ausschusses für das Auslandsschulwesen der Kultusministerkonferenz über die Beurlaubungsdauer für Lehrer an den Europäischen Schulen, wonach den innerdeutschen Dienstbehörden nahegelegt wird, „Anträge auf Verlängerung der Beurlaubung über das übliche Maß hinaus bei denjenigen Lehrern zu genehmigen, die auf Grund ihrer besonderen Qualifikation die Arbeit der deutschen Abteilung einer Europäischen Schule in spezifischer Weise stützen und deren weitere Tätigkeit für eine kontinuierliche und fruchtbare Entwicklung dieser Abteilung erforderlich erscheint.“

Zur Vorbereitung des bevorstehenden 4. Zusammentreffens des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit mit dem französischen Erziehungsminister legte die Kultusministerkonferenz ihre Stellungnahme zur gegenseitigen Anerkennung von Zeugnissen auf dem Gebiet des Schul- und Hochschulwesens fest; außerdem wurden Berichte über Lehrplanveränderungen hinsichtlich der Stellung des Französischunterrichts seit dem 1. Januar 1964 und über die Verwendung audio-visueller Hilfsmittel im modernen Sprachenunterricht fertiggestellt.

Zur Verkürzung der Ausbildungs- und Studienzeiten

Über die Dauer der akademischen Ausbildung hat die Kultusministerkonferenz am 19. Juni 1964 folgenden Beschluß gefaßt:

Die Kultusminister und -senatoren der Länder beobachten mit Sorge die seit Jahren sich verstärkende Tendenz einer zunehmenden Verlängerung der Studiendauer. Diese Verlängerung mag zum Teil vom Fach her bedingt sein. Vielfach ist jedoch die Ursache in einer unzureichenden Organisation des Studienganges und in einer ungerechtfertigten stofflichen Überlastung der Studien- und Prüfungsordnungen zu suchen.

Die Minister und Senatoren empfehlen deshalb, der Verlängerung der Studiendauer entgegenzuwirken. Neben kurzfristig möglichen Entscheidungen technischer oder administrativer Art bedarf es einer gründlichen Überprüfung der bestehenden Studien- und Prüfungsordnungen mit dem Ziel der Konzentration auf den wesentlichen Wissensstoff und die methodischen Kenntnisse, die die wissenschaftliche Grundausbildung tragen. Dabei ist es klar, daß alle Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten nur in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Hochschullehrern Erfolg versprechen und auch dann nur, wenn die Studierenden selbst die Maßnahmen innerlich unterstützen. Die Minister und Senatoren haben deshalb die Vorschläge der Westdeutschen Rektorenkonferenz zur Frage der Überfüllung der Hochschulen und der Studienzzeitverkürzung begrüßt. Sie werden auf eine rasche Verwirklichung nachstehender Maßnahmen dringen:

Reform der Studien- und Prüfungsordnungen

- Überarbeitung der Prüfungsordnungen mit dem Ziel der
 - a) Beschränkung der stofflichen Anforderungen im Sinne einer Konzentration auf die Systematik des Faches, die Methodik des wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens und die Vermittlung einer stofflichen und methodischen Grundausbildung, die im Beruf erweitert werden kann.
 - b) Überprüfung der Mindeststudiendauer, jedenfalls Vermeidung jeder Verlängerung der jetzigen Mindestdauer.
 - c) Verkürzung der Prüfungszeiten, insbesondere durch Festlegung vertretbarer Fristen für die Anfertigung von schriftlichen Staatsexamens- und Diplomarbeiten (nicht länger als 6 Monate).
 - d) Verkürzung und Intensivierung von Praktikumszeiten.
- Ordnung des Studiums durch Studienpläne, die nach den ersten Semestern zu einer Zwischenprüfung führen sollen, auch in den Fächern, in denen bisher keine Vorprüfungen bestehen, um den Studenten eine frühzeitige Selbstkontrolle zu ermöglichen.

- Überprüfung der Frage, ob eine Höchststudiendauer in der Weise normiert werden kann, daß nach ihrem Ablauf die Exmatrikulation von Amts wegen erfolgen kann, wenn nicht die sachliche Berechtigung eines weiteren Studiums dargetan wird.

- Intensivierung der Arbeit der Kommission für Studien- und Prüfungsordnungen, die in die Lage versetzt werden muß, die Koordinierung und Straffung der Prüfungsordnungen schneller und wirksamer als bisher durchzuführen.

Maßnahmen an den Hochschulen

- Intensivierung der Studienberatung für Anfangs- und Examensemester.
- Verstärkte Abhaltung von Übungen und Kursen auch in der vorlesungsfreien Zeit mit dem Schwerpunkt der Vorbereitung bzw. Ergänzung und Vertiefung der Hauptvorlesungen; verstärkte Betrauung von Mittelbau und Assistenten mit zusätzlichen Lehrveranstaltungen.
- Bekanntgabe der Studienthematik des kommenden Semesters am Ende des vorhergehenden, verbunden mit Empfehlungen für die vorbereitende Lektüre in den Semesterferien.
- Verstärkte Einschaltung der Kräfte des Mittelbaues (wissenschaftliche Räte, Studienräte, Lektoren), gegebenenfalls auch der Assistenten in den Massenfächern, vornehmlich zur Teilung überfüllter Unterrichtsveranstaltungen.
- Volle Ausnutzung der Mittwochnachmittage und der Samstagvormittage (während des Semesters) für Lehrveranstaltungen.
- Offenhaltung der Bibliotheken, Sammlungen, Seminare und Praktikumsräume an den Abenden, den Wochenenden und in der vorlesungsfreien Zeit.
- Volle Ausnutzung der Semesterzeiten durch pünktlichen Beginn und Vermeidung vorzeitiger Beendigung der Unterrichtsveranstaltungen; Wegfall der Pfingstferien und Verlegung längerer Exkursionen in die Semesterferien.
- Einwirkung der Hochschullehrer auf die Studierenden, daß sie sich nach Ablauf vertretbarer Studienzeiten zu den Prüfungen melden.

Maßnahmen der Hochschulverwaltungen

- Keine Verlängerung der zulässigen Förderungsdauer nach dem Honnefer Modell über die zur Zeit geltenden Regelungen hinaus.

- Überprüfung der Frage, ob höhere Studiengebühren gefordert werden sollen, wenn innerhalb einer angemessenen Zeit kein Examen abgelegt wird.
- Verstärkung der Sachhaushalte für Elementarlehrmittel.
- Überprüfung der Frage, ob der Vorbereitungsdienst für die Laufbahnen des höheren Dienstes intensiviert und verkürzt werden kann.
- Überprüfung der Frage, ob Clearing-Stellen geschaffen werden können, durch die ein Ausgleich des Andranges der Studienbewerber zu überfüllten und Massenfächern gefördert wird.
- Appell an Wirtschaft und Verwaltung, auf die Forderung zusätzlicher akademischer Graduierungen dort zu verzichten, wo die fachliche Eignung etwa hinreichend durch die Ergebnisse der Diplomprüfung oder einer entsprechenden Prüfung erbracht wird.

Die Kultusminister werden in allen Fällen, in denen eine direkte oder indirekte Einflußnahme auf Prüfungs- und Studienordnungen möglich ist, im Sinne der vorstehend wiedergegebenen Empfehlung handeln. Sie appellieren an Hochschulen, Hochschullehrer, Studierende und Eltern, zu einer Rückführung der Studiendauer auf ein vertretbares Maß beizutragen. Die administrativen und technischen Maßnahmen können nur wirksam werden, wenn sie von einer Änderung in der Mentalität aller Beteiligten getragen sind. Hochschulen und Studierende müssen den Anforderungen zu entsprechen suchen, die die Massengesellschaft unserer Zeit auch an die akademischen Ausbildungsstätten stellt.

*

Über Studium und Dauer der Ausbildung für akademische Berufe hat die Gesprächsgruppe Wissenschaftliche Hochschulen und Akademischer Nachwuchs im Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft BDI/DIHT/SV in einer Entschließung (XX) folgende Empfehlungen ausgesprochen:

Der Unterrichtsstoff vom Schulbeginn bis zur Hochschulreife sollte auf zwölf Jahre verteilt werden (vier Jahre Grundschule, acht Jahre Gymnasium). Jedem wehrdienstfähigen Abiturienten sollte die Möglichkeit gegeben werden, seiner Wehrpflicht vor Beginn des Studiums zu genügen. Das Studium für alle Fakultäten sollte bis zum erstmöglichen Studienabschluß (Diplom oder I. Staatsexamen) auf höchstens vier Studienjahre bemessen werden. Die Vorbereitungszeit für das II. Staatsexamen sollte dort, wo sie augenblicklich für einen längeren Zeitraum vorgesehen ist, durch intensivere Gestaltung auf zwei Jahre verkürzt werden. Die Hochschulbildung sollte im und neben dem Beruf ständig ergänzt und den neuesten Erfordernissen angepaßt werden.

Jahrestagung 1964 der Alexander-von-Humboldt-Stiftung

Nach einem Jahr intensiver Forschungsarbeit trafen sich die jetzigen Stipendiaten der Humboldt-Stiftung zum Abschluß ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik zur Jahrestagung 1964 vom 6. bis 9. Juli in Bonn und Bad Godesberg.

Diese Jahrestagung findet — wie bekannt — alljährlich statt und dient dem gegenseitigen Kennenlernen, dem Austausch von Erfahrungen und Eindrücken der Stipendiaten untereinander und zwischen den Stipendiaten und den Vorstandsmitgliedern sowie Mitgliedern des Auswahl Ausschusses der Stiftung. Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft — zugleich Vizepräsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung —, Prof. Dr. Gerhard Hess, empfing die jungen Wissenschaftler aus dem Ausland am Dienstag (7. 7.) auf der Godesburg; er sprach zu ihnen über die Ziele und Aufgaben der DFG und besonders über die Möglichkeiten der Forschungsförderung, die dem Wissenschaftler aller Fachrichtungen in der Bundesrepublik offenstehen. Am Nachmittag unternahm man eine Schiffstour auf dem Rhein, zusammen mit den ausländischen Kulturattachés.

Mit der Festversammlung im Studio der Beethovenhalle Bonn begann der nächste Tag (8. 7.). Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Prof. Dr. Werner Heisenberg, und durch Prof. Dr. Heinrich Niehaus in Vertretung des Rektors der Universität Bonn ergriff Prof. Dr. Waldemar Bes-

son, Vorstand des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg, das Wort zum Festvortrag über das Thema „Die Universität vor den Ansprüchen unserer Zeit“. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er den Konflikt zwischen der Universität, die sich ideologisch wie institutionell immer noch an Humboldt orientiere, und den Anforderungen, die von der modernen Industriegesellschaft an sie gestellt werden. In seinen weiteren Ausführungen kritisierte Prof. Dr. Besson die starke staatliche Bindung der Prüfungsordnungen, die heute den Schlüssel zur Art des Studiums darstellten. Die Unterstellung unter Ministerien bezeichnete er als untragbaren Leerlauf und forderte eine universitätseigene Verwaltung. Hinsichtlich der mangelnden Aufgeschlossenheit der Universität gegenüber den Bedürfnissen der Gesellschaft betonte er, daß die Universität nicht in der Gesellschaft aufgehen dürfe, sondern die wissenschaftliche Eigendynamik gewahrt bleiben, gleichzeitig aber ein Wandel in der Haltung der Universität der Gesellschaft gegenüber vollzogen werden müsse. Diese doppelseitige Verpflichtung der Universität — einmal der Wissenschaft und zum anderen der Gesellschaft gegenüber — stelle keinen Widerspruch sondern eine produktive Spannung dar. Die Möglichkeiten einer Universitätsreform sieht Prof. Dr. Besson vor allem in den Neugründungen. Als gangbaren Weg zu einer solchen Reform bezeichnete er den einer pragmatischen Reform. — Am Nach-

Das Gymnasium sollte zwei aufeinanderfolgende Schulzüge erhalten: a) 6 Jahre bis zur „Höheren Reife“, b) 2 Jahre bis zur „Hochschulreife“ (Abitur). Die „Höhere Reife“ sollte in vermehrtem Umfang als Berechtigungsnachweis für staatliche Laufbahnen und private Berufe anerkannt werden. Die große Bedeutung, die den Ingenieur-Schulen und Höheren Lehranstalten für die Ausbildung von Führungskräften aller Art zukommt, sollte ab sofort mehr herausgestellt werden. In den Gymnasien sollte — ebenso wie in den Hochschulen — die Berufsberatung verstärkt werden.

Das Abitur sollte zum Studium in allen Disziplinen berechtigenden. Für diejenigen Fächer, in denen ein Arbeitsplatz Voraussetzung zum Studium ist, sollten — so lange dort Überfüllung herrscht — alle Zulassungsmöglichkeiten für Studienanfänger mit Hilfe einer zentralen Vermittlungsstelle ausgeschöpft werden. Die Studienanfertigung und -beratung in den ersten Semestern sollte unbedingt intensiviert werden. Das Studium sollte ein echtes Leistungsstudium sein. Es sollte durch Zwischenprüfungen einer entsprechenden Selbstkontrolle und Qualitätsauslese unterworfen werden. Abgesehen von der Bedürftigkeit sollten für die Zuteilung von Stipendien Begabung und Leistung unumgängliche Voraussetzungen sein. In allen Disziplinen sollten Lehr- und Examensstoff ständig auf mögliche Konzentration hin überprüft werden.

Das akademische Jahr sollte aus zweimal vier Vorlesungsmonaten bestehen, die außer den Weihnachtsferien nur durch die gesetzlichen Feiertage unterbrochen werden. Die vorlesungsfreien Monate dazwischen sollten intensiv für Praktika, Übungen u. ä. genutzt werden. Der Trend zur 5-Tage-Woche sollte abgelehnt werden. Institute, Seminarräume, Bibliotheken usw. sollten auch in den Abendstunden, am Wochenende und in den vorlesungsfreien Monaten offengehalten werden. Das dazu erforderliche zusätzliche Personal sollte durch Schaffung der entsprechenden Stellen alsbald zur Verfügung gestellt werden. Wo immer räumlich und von der Sache her möglich, sollten neue Hochschulen den Lehrbetrieb gegebenenfalls zunächst schon in einzelnen Fachbereichen aufnehmen. Bei den Hochschulen sollte, durch attraktive Gestaltung des Hochschullehrerberufes in allen Stufen, die Relation Dozent:Student = 1:8 im Gesamtschnitt bald hergestellt werden. Hierbei spielt nicht nur die Besoldung eine wesentliche Rolle, sondern auch ein Minimum an administrativer Betätigung und ein frühzeitiges Maximum an Selbstverantwortung und Unabhängigkeit.

Abgesehen von diesen Maßnahmen sollten alle Eltern über die Bedeutung eines Hochschulstudiums und eines akademischen Berufes ständig aufgeklärt werden; jeder zum Studium Begabte sollte der Hochschule zugeführt werden, sei es über das Gymnasium oder auf anderem Wege.

son, Vorstand des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg, das Wort zum Festvortrag über das Thema „Die Universität vor den Ansprüchen unserer Zeit“. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er den Konflikt zwischen der Universität, die sich ideologisch wie institutionell immer noch an Humboldt orientiere, und den Anforderungen, die von der modernen Industriegesellschaft an sie gestellt werden. In seinen weiteren Ausführungen kritisierte Prof. Dr. Besson die starke staatliche Bindung der Prüfungsordnungen, die heute den Schlüssel zur Art des Studiums darstellten. Die Unterstellung unter Ministerien bezeichnete er als untragbaren Leerlauf und forderte eine universitätseigene Verwaltung. Hinsichtlich der mangelnden Aufgeschlossenheit der Universität gegenüber den Bedürfnissen der Gesellschaft betonte er, daß die Universität nicht in der Gesellschaft aufgehen dürfe, sondern die wissenschaftliche Eigendynamik gewahrt bleiben, gleichzeitig aber ein Wandel in der Haltung der Universität der Gesellschaft gegenüber vollzogen werden müsse. Diese doppelseitige Verpflichtung der Universität — einmal der Wissenschaft und zum anderen der Gesellschaft gegenüber — stelle keinen Widerspruch sondern eine produktive Spannung dar. Die Möglichkeiten einer Universitätsreform sieht Prof. Dr. Besson vor allem in den Neugründungen. Als gangbaren Weg zu einer solchen Reform bezeichnete er den einer pragmatischen Reform. — Am Nach-

mittag wurden die ausländischen Gäste vom Bundespräsidenten in der Villa Hammerschmidt begrüßt, wobei der Bundespräsident auf die Bedeutung des wissenschaftlichen Austausches und auf den menschlichen Wert der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Wissenschaftlern aus aller Welt hinwies. Der Tag endete mit einem Empfang durch den Präsidenten der Alexander-von-Humboldt-Stiftung in der Beethovenhalle.

Am letzten Tag versammelten sich die Stipendiaten zu einer Arbeitssitzung im Rheinhotel Dreesen. Anhand eines Fragebogens über das Thema „Ausbildungsgang und Laufbahn für Hochschullehrer in Ihrem Heimatland“ — die zu diskutierenden Fragen reichten vom Berufungs- und Bewerbungsverfahren für die Besetzung freier Lehrstühle bis zur Frage der Ableistung einer Assistentenzeit und der Habilitation für Nachwuchskräfte — entspannen sich rege Diskussionen, deren Ergebnisse voraussichtlich im November des Jahres von der Stiftung veröffentlicht werden.

Wie sich von Jahr zu Jahr mehr zeigt, kommt diesen Jahrestagungen, die von der Stiftung zu Beginn und Abschluß jedes „Stipendienjahres“ veranstaltet werden, eine Bedeutung zu, die über den gesellschaftlichen Rahmen einer Begrüßungs- oder Verabschiedungsveranstaltung weit hinausgeht. Bei diesen Tagungen lernen sich junge Wissenschaftler (die Stiftung gewährt nur Stipendien an Akademiker mit abgeschlossener Ausbildung und mindestens 2-jähriger ausgeübter Tätigkeit in Lehre oder Forschung) kennen, besprechen ihre Erfahrungen und Erlebnisse. Erfahrungsgemäß bleiben viele auch späterhin miteinander in Kontakt und leisten allein dadurch ihren Beitrag zur „Internationalisierung der Wissenschaft“. Manche, die noch länger in der Bundesrepublik bleiben, bieten wertvolle Ansatzpunkte für die Stipendiaten des nächsten Studienjahres — die aller Voraussicht nach wieder auf einer Tagung in Heidelberg in ihren Aufenthalt eingeführt werden —. Die Diskussionen, die in Ländern und in Fachgruppen abgehalten werden, haben sehr produktive Erfolge gezeitigt; es sei nur auf die Veröffentlichung der Humboldt-Stiftung „Über den Stand der Wissenschaft in Deutschland im internationalen Vergleich“

hingewiesen, die auf Berichten der Forschungsstipendiaten des Jahres 1962/63 aufbaut.

Den Auswertungen der Berichte der Tagung der Forschungsstipendiaten des Jahres 1963/64 über „Ausbildungslehrgang und Laufbahn für Hochschullehrer“ in den verschiedenen Ländern der Welt sehen wir mit Interesse entgegen.

Die Auswahlsergebnisse 1964

Zum 10. Mal nach dem 2. Weltkrieg verlieh die Alexander-von-Humboldt-Stiftung einer beträchtlichen Anzahl junger ausländischer Wissenschaftler Forschungsstipendien. Rund 700 Anträge gingen auch in diesem Jahr beim Sekretariat ein. Hiervon konnten 230 Forschungsstipendien an Wissenschaftler aus 51 Ländern neu verliehen werden. Rund 55 % der erfolgreichen Wissenschaftler stammen aus Übersee: Japan steht mit 47 Wissenschaftlern an der Spitze dieser Gruppe; es folgen die USA mit 12, Indien mit 11, Chile mit 5, die VAR mit 4 und Argentinien mit 3. 45 % der Stipendienverleihungen verteilen sich auf Europa; sie fallen vor allem auf die Länder Jugoslawien mit 21, Ungarn mit 11, Großbritannien mit 9, Italien mit 9, Türkei mit 7, sowie Polen mit 6 Wissenschaftlern. Der Anteil Europas hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 56 % erhöht.

Der Anteil der Geisteswissenschaftler am Gesamtvolumen der verliehenen Forschungsstipendien beträgt 40 %, der der Naturwissenschaftler 55 %; damit werden im kommenden Stipendienjahr prozentual mehr Naturwissenschaftler gefördert als in den Vorjahren. Unter den Geisteswissenschaften ist vor allem im Bereich der juristischen Fachrichtung eine weitere Zunahme zu verzeichnen. Die bereits im Vorjahr sichtbar gewordene Tendenz einer Zunahme der Bewerbungen aus wissenschaftlich hochqualifizierten Ländern hat sich in diesem Jahr weiter verstärkt. Aufgrund bewußter Beschränkungen der Stipendiatenzahl konnten auch in diesem Jahr nicht allen qualifizierten Bewerbern Forschungsstipendien zur Verfügung gestellt werden.

Fritz Fliszar

Kurz berichtet

Zwischen Bund und Ländern hat die Auseinandersetzung über die gemeinsame Finanzierung der neuen Hochschulen begonnen, wie seitens des Bundesforschungsministeriums verlautet. Der Anlaß der Meinungsverschiedenheiten ist die „mangelnde Bereitschaft“ der Länder, dem Bund neben der finanziellen Beteiligung auch ein wirksames Mitspracherecht beim Bau der geplanten Hochschulen einzuräumen. Insgesamt 75 Millionen DM will Bonn im Bundeshaushalt 1965 für den Neubau von Hochschulen in Bremen und Regensburg sowie für die Errichtung von medizinischen Akademien in Hannover und Lübeck bereitstellen. Diese Mittel werden von der Bundesregierung jedoch bis auf weiteres gesperrt, weil sich die Länder nicht bereit erklären, die Bedingung zu erfüllen, daß Bonn das gemeinsam aufgebrauchte Geld auch mitverwalten und gezielte Zuschüsse etwa für eine bestimmte Hochschule leisten könne. Dies ist gegenwärtig nicht möglich, weil alle Beiträge in einen gemeinsamen Fonds fließen. Außerdem fürchtet der Bund, daß sich durch die Bonner Regierungszuschüsse automatisch die Beiträge der Länder reduzieren. Das Finanzvolumen des Hochschulfonds werde also nicht, wie beabsichtigt, vergrößert. Die Länder würden vielmehr Geld für andere Zwecke freibekommen, das sich der Einsicht des Bundes entziehe.

An der dritten europäischen Rektorenkonferenz in Göttingen im September d. J. werden Vertreter von acht Universitäten und Hochschulen der Sowjetzone als Beobachter teilnehmen. Der Rektor der Göttinger Universität, Professor Zimmerli wies bei Mitteilung dieser Nachricht darauf hin, daß bisher keine der eingeladenen Universitäten ihre Teilnahme an der Konferenz abgesagt hat. Somit kommen die Vertreter der Sowjetzone von Universitäten Ostberlin, Greifswald, Halle (Wittenberg), Jena, Leipzig und Rostock sowie von der Technischen Universität Dresden und von der Bergakademie Freiberg. An dieser Rektorenkonferenz, die am 2. September beginnt, werden nach den bisherigen Zusagen über 300 Rektoren und Beobachter aus etwa dreißig Ländern teilnehmen.

Das Bundesverteidigungsministerium und die deutsche Wissenschaft sollen nach dem Willen von Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel künftig eng zusam-

menarbeiten. Diesem Ziele diene eine mehrstündige Besprechung zwischen Hassel und führenden Wissenschaftlern der Bundesrepublik, die der Minister eingeladen hatte. Die Zusammenarbeit soll sich vor allem auf das Gebiet der Natur- und Ingenieurwissenschaften erstrecken.

Für eine Medizinische Fakultät in Stuttgart hat sich die Medizinische Fakultät der Universität Tübingen in einer Stellungnahme an das baden-württembergische Kultusministerium ausgesprochen. Wie der Stuttgarter Oberbürgermeister Klett mitteilte, müsse eine solche medizinische Ausbildungsstätte als medizinische Fakultät der Universität Tübingen in Stuttgart angesehen werden. Stuttgart hat bereits früher die Ausbildung von Medizinstudenten in seinen Krankenanstalten angeboten und verfolgt seit längerem den Plan, mit Hilfe der Landwirtschaftlichen Hochschule und der Kliniken der Stadt eine medizinische Fakultät zu gründen. Der Rektor der Universität Tübingen, Professor Diem, erklärte hierzu, in Tübingen sei man daran interessiert, die Stuttgarter Kapazität möglichst vollständig auszunutzen und die Tübinger Fakultät zu entlasten.

Das Deutsche Institut für Bildung und Wissen fordert in einem „Gesamtplan zur Neuordnung des deutschen Bildungswesens“ Reformen für alle Schularten und die Universitäten. Das 1958 gegründete überkonfessionelle Institut in Frankfurt am Main verfolgt das Ziel, „das Wissen unserer Zeit in sinnvoller Ordnung an alle Bevölkerungskreise zu vermitteln, ein Gesamtbild der Wirklichkeit aufzuzureißen und dadurch Bildung grundzulegen“. Dies soll erstrebt werden in Bindung an die christliche Lehre. Direktor des Instituts ist zurzeit Professor Hugo Staudingler/Paderborn, sein Stellvertreter Oberstudiendirektor Heinrich Janssen/Melle. Zu den finanziellen Förderern gehören außer staatlichen Stellen und der Fritz-Thyssen-Stiftung, die Evangelische Kirche in Deutschland und die katholischen Bischöfe (Bischöfliche Hauptstelle).

Lehrstühle und Institute für Technische Chemie an den Universitäten hat der Ausschuß für Angewandte Forschung innerhalb der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter dem Vorsitz von Professor K. Klöppel/Darm-

stadt in einer Empfehlung angeregt. Die Technische Chemie sei als viertes Grundlagenfach zu lehren. Auch der Ausbau der schon bestehenden Institute an den Technischen Hochschulen sei unbedingt erforderlich. Außerdem bedürfe auch die Verfahrenstechnik als weitgespannte Disziplin der Ingenieurwissenschaft an den Technischen Hochschulen besonderer Förderung. Die Empfehlung, die der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft inzwischen an die Gründungsausschüsse der neuen Universitäten, an die Westdeutsche Rektorenkonferenz, an die Kultusministerkonferenz und an den Wissenschaftsrat weitergeleitet hat, verweist darauf, daß das Fachgebiet Technische Chemie als Bestandteil des Grundlagenstudiums dem Chemiker den systematischen Zugang zur chemischen Technik vermittelt. Für die Technische Chemie sei bereits ein systematisches Lehrgebäude vorhanden, das in gestraffter Form auf den Grundlagen der Chemie, der physikalischen Chemie und der Physik die nötigen Kenntnisse über die chemische Reaktionstechnik und die chemischen Grundoperationen vermittele. Das Ausland unternehme alle Anstrengungen, um die Technische Chemie auszubauen.

Das Auswärtige Amt in Bonn stellt wieder etwa 50 Anwärter des höheren auswärtigen Dienstes (Attachés) zum 1. April des nächsten Jahres ein. Die Bewerber sollen Ende dieses Jahres ausgewählt werden. Voraussetzungen für die Bewerbung sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie Kenntnisse in Staats- und Völkerrecht, Volkswirtschaft und neuerer Geschichte, englischer und französischer Sprache und Tropentauglichkeit. Die Höchstaltersgrenze für die Einstellung ist das vollendete 32. Lebensjahr.

Der wissenschaftliche Beirat der Bundeswehr für das Sanitäts- und Gesundheitswesen hat in Bad Godesberg getagt und sich mit dem Musterungswesen, den Möglichkeiten zur Verhütung von Todesfällen bei jungen Soldaten, der geistigen Tauglichkeit zum Wehrdienst, Fragen des medizinischen Strahlenschutzes und der Ernährung befaßt. Dem wehrdienstmedizinischen Beirat gehören fünfzig Vertreter der Medizin, der Pharmazie, des Veterinärwesens und der Zahnmedizin an. An der Zusammenkunft haben außer Minister von Hassel auch hohe Sanitätsoffiziere der in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte teilgenommen.

563 deutsche und ausländische Stipendiaten hat die Friedrich-Ebert-Stiftung im letzten Jahr gefördert. 430 deutsche und 133 ausländische Studenten erhielten Stipendien innerhalb der Hochbegabten-Förderung. Die meisten ausländischen Studenten, deren Durchschnittsalter bei 29 Jahren lag, kamen aus den Entwicklungsländern. Am stärksten vertreten waren Stipendiaten aus Indien, Indonesien und Israel. Die meistgewählten Fächer waren Medizin, Philosophie und Volkswirtschaft. Von den 430 deutschen Stipendiaten studieren 18, die bereits einen Studienabschluß haben, im Ausland. Bei den Deutschen steht das juristische und volkswirtschaftliche Studium an erster Stelle. Als Berufsziele der deutschen Stipendiaten ermittelte die Friedrich-Ebert-Stiftung: Tätigkeit in europäischen Organisationen, wissenschaftliche Laufbahn, auswärtiger Dienst und Lehrtätigkeit. Häufig besteht auch der Wunsch, nach Beendigung des Studiums in den Entwicklungsländern zu arbeiten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in Santiago ein eigenes Büro errichtet, dessen Arbeit sich außer auf Chile auch auf Argentinien und Bolivien erstrecken soll. Leiter ist Dr. Erich Herzog, der bereits von 1933 bis 1950 in Chile wirkte. Ihre Hauptaufgabe sieht die Friedrich-Ebert-Stiftung in der „Demokratisierung von unten“ durch umfassende Erziehung der Werktätigen. Im Rahmen einer Agrarreform hilft sie ferner bei der Erziehung der Genossenschaftler, damit die Landbevölkerung rationaler wirtschaften lernt und auch genügend Gemeinschaftsgeist entwickelt. Die Mithilfe weiter chilenischer Kreise ist gesichert.

Beim Rektoratswechsel in Tübingen zu Beginn dieses Semesters hielt der scheidende Rektor, Professor von Engelhardt, der Tagespresse, Rundfunk und Fernsehen vor, sie hätten dafür gesorgt, daß die Öffentlichkeit den Eindruck gewann, die Universitäten in der Bundesrepublik seien „unter der Herrschaft von Ordinarien, Instituts- und Klinikdirektoren erstarrt, die Wissenschaft auf ein niedriges Niveau abgesunken und tüchtige Kräfte in das Ausland abgewandert“. Was leichtthin über den Stand der Wissenschaft und über ihre Zukunft geredet und behauptet werde, sei noch nicht genügend begründet und unsicher. Kritiker sollten bedenken, daß Tübingen bei-

spielsweise die Empfehlungen des Wissenschaftsrates erfüllt und zum Teil sogar überschritten habe. Professor von Engelhardt forderte in seinem Rechenschaftsbericht den Landtag auf, für das dringend benötigte Hochschulgesetz des Landes Baden-Württemberg neue Entwürfe einzubringen, in denen der Gesetzgeber nicht zu starr und perfekt reglementieren möge. Vielmehr möge man darauf vertrauen, daß von den Hochschulen sinnvolle Entwicklungen ausgehen.

Den neuartigen Vorschlag, den Universitäten die Rechtsform als GmbH zu geben, hat Prof. Dr. Simon auf einer Sitzung des Beirates der „Ruperta-Carola“ in Heidelberg gemacht. Die Hochschulen müßten aus dem allgemeinen Behörden-Haushaltsrecht herausgenommen werden, in welchem sie bisher wie ein Amtsgericht verwaltet würden. In der Rechtsform der GmbH könne der Staat in deren Aufsichtsrat maßgebend vertreten sein. Die Verwaltung habe nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität zu arbeiten und der Öffentlichkeit darüber Rechenschaft zu geben. Simon lehnte eine Rechenschaft über die einzelne Verwendung ihrer Mittel gegenüber dem Parlament ab und forderte Dispositionsbefugnisse auf drei Jahre voraus. Als Prüfungsorgane empfiehlt Simon international bedeutsame Firmen, die über Erfahrungen in der Reorganisation von Wirtschaftsunternehmen verfügen.

Für die 3. Genfer Atomkonferenz, die vom 31. August bis 9. September stattfindet, sind von Beratenden Wissenschaftlichen Ausschüß der IAETO 716 Beiträge von 37 Ländern und fünf internationalen Organisationen von insgesamt 970 vorgelegten Beiträgen angenommen worden. Alle Vorträge werden in den „Proceedings“ der Konferenz in der Originalsprache veröffentlicht. 300 davon sollen in den sieben Hauptgruppen der Konferenz vorgetragen werden. Auf die USA entfallen 98 Vorträge, die Sowjetunion 94, England 77, Frankreich 73, die Bundesrepublik Deutschland 35, Italien 30, Japan 29. Das Hauptgewicht liegt auf den Leistungsreaktoren und ihrer Wirtschaftlichkeit.

Im Kernforschungszentrum Karlsruhe ist der „schnellthermische Argonaut-Reaktor Karlsruhe“ („Stark“) in Betrieb genommen worden. Damit wurde in Europa erstmalig das Prinzip eines gekoppelten Reaktors verwirklicht. Der „Stark“ erhält zwei Spaltzonen. In einer wird Uran 235 wie üblich mit langsamen (thermischen) Neutronen gespalten, in der zweiten Zone werden schnelle Neutronen verwendet, wie sie in einem „schnellen Reaktor“ zu erwarten sind. — Auf der Jahresversammlung des deutschen Atomforums in Bonn wurde erwartet, daß die Atomenergie auch in der Bundesrepublik bald wirtschaftlich genutzt werden kann. Im Jahre 1965 sollen drei weitere Atomkraftwerke errichtet werden. Neben den drei großen Demonstrationskraftwerken in Grundremmingen, Lingen und Obrigheim sowie den Leistungsreaktoren in Kahl, Jülich und Karlsruhe wird die Bundesrepublik damit demnächst über neun Kernkraftwerke verfügen.

Im Wettbewerb für den Bau der neuen Staatsbibliothek Berlin hat die Jury den ersten Preis dem Entwurf des Berliner Architekten Hans Scharoun zuerkannt. Das Preisgericht der Stiftung Preußischer Kulturbesitz traf diese Entscheidung einstimmig. Elf Entwürfe waren eingereicht worden. Das Haus wird das Kernstück des geplanten Kulturforums im Berliner Tiergarten sein. Die Bibliothek wird acht Millionen Bände aufnehmen können. Außerdem wird sie Lesesäle und genügend Raum für die Wissenschaftler enthalten.

Die Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Wolfsburg, hat dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft wie im Vorjahr eine freie Sonderspende in Höhe von 1,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Als Beispiel vorbildlichen Wissenschafts-Mäzenatentums steht das Volkswagenwerk unter den deutschen Groß-Unternehmen an erster Stelle.

Für eine Jubiläumsspende zum 300jährigen Bestehen der Kieler Christian-Albrecht-Universität haben 38 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft, unter anderem Berthold von Bohlen und Halbach, Friedrich Flick, der norwegische Reeder Anders Jahre, Rudolf August Oetker und Otto Fürst von Bismarck aufgerufen. Die Schirmherrschaft hat Kai Uwe von Kassel übernommen; Vorsitz der Kuratoriums ist der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Helmut Lemke. Noch vor der Veröffentlichung des Aufrufs sind Beträge in einer Gesamthöhe von einer Million DM gezeichnet worden. Die Mittel sollen für kleine und mittlere wissenschaftliche Aufgaben verwendet werden.

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Berlin (FU): Prof. Dr. phil. Herbert Lüers (Biologie und Genetik) wurde für das Universitätsjahr 1964/65 zum Rektor wiedergewählt. — Zu Dekanen für das neue Universitätsjahr wurden gewählt: Prof. Dr. med. Adalbert Loeschke (Kinderheilkunde) für die Medizinische Fakultät; Prof. Dr. med. vet. Josef Boch (Parasitologie) für die Veterinärmedizinische Fakultät; Prof. Dr. jur. Hermann Blei (Strafrecht und Strafprozeßrecht) für die Juristische Fakultät; Prof. Dr. rer. pol. Rudolf Schlicher (Volkswirtschaftslehre) für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät; Prof. Dr. phil. Werner Philipp (Osteuropäische Geschichte) für die Philosophische Fakultät und Prof. Dr. rer. nat. Karl Peter Grotmeyer (Mathematik) für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät.

Braunschweig: Für die Amtszeit vom 1. August 1964 bis zum 31. Juli 1965 wurde Prof. Dr.-Ing. Kurt Löhner (Kolbenmaschinen) zum Rektor gewählt.

Erlangen-Nürnberg: Zu Dekanen für das Amtsjahr 1964/65 wurden gewählt: Prof. Dr. phil. Waldemar Besson (Politische Wissenschaften) für die Philosophische Fakultät; Prof. D. theol. Georg Fohrer (Altes Testament) für die Theologische Fakultät; Prof. Dr. jur. Klaus Obermayer (Kirchenrecht, Staats- und Verwaltungsrecht) für die Juristische Fakultät; Prof. Dr. phil. Theodor Ernst (Mineralogie) für die Naturwissenschaftliche Fakultät und Prof. Dr. med. Wolf-Dieter Keidel (Physiologie) für die Medizinische Fakultät.

Frankfurt: Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Franz (Mathematik) wurde für das Rektoratsjahr 1964/65 zum Rektor gewählt. — Zu Dekanen für das Amtsjahr 1964/65 wurden gewählt: Prof. Dr. jur. Hellmut Georg Isele (Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht) für die Rechtswissenschaftliche Fakultät; Prof. Dr. med. Hans Frick (Anatomie) für die Medizinische Fakultät; Prof. Dr. phil. Paul Kluge (Mittlere und Neuere Geschichte) für die Philosophische Fakultät; Prof. Dr. phil. Herbert Lehmann (Geographie) für die Naturwissenschaftliche Fakultät und Prof. Dr. rer. pol. Karl Häuser (Wirtschaftliche Staatswissenschaften) für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät.

Gießen: Prof. Dr. med. vet. Heinrich Müller (Veterinärchirurgie und Augenheilkunde) wurde für das Amtsjahr 1964/65 zum Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät gewählt.

Hamburg: Zum Rektor für das Amtsjahr 1964/65 (beginnend am 1. Oktober 1964) wurde Prof. Dr. rer. nat. Emanuel Sperner (Mathematik) wiedergewählt.

Hannover: Prof. Dipl.-Ing. Walter Renard (Technik in Gartenbau und Landwirtschaft) wurde für die Amtszeit vom 1. 7. 1964 bis zum 30. 6. 1965 zum Rektor gewählt.

Kiel: Prof. Dr. med. Dr. phil. Johann Schaeuble (Anthropologie) wurde zum Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und Prof. Dr. med. Ernst Müller (Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde) zum Dekan der Medizinischen Fakultät gewählt.

Mannheim: Prof. Dr. rer. pol. Gert von Kortzfleisch (Betriebswirtschaftslehre) wurde für das Studienjahr 1964/65 (vom 1. 10. 64 bis 30. 9. 65) zum Rektor gewählt.

Saarbrücken: Prof. Dr. phil. Conrad von Fragstein (Experimentalphysik) wurde für das Akademische Jahr 1964/65 (beginnend am 1. Oktober) zum Rektor gewählt.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Berlin (FU): Prof. Dr. med. Max Schwab/Göttingen (Innere Medizin) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. phil. Hans Eckart (Japanologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Privatdozent Dr. phil. Frank Richard Hamm/Hamburg (Indologie und Tibetische Philologie) wurde auf den Lehrstuhl für Indologie berufen.

Bonn: Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Fritz Voigt/Hamburg (Volkswirtschaftslehre) hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik angenommen. — Prof. Dr. Arthur Leinbrock wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Haut- und Geschlechtskrankheiten berufen. — Des weiteren wurden zu ordentlichen

Professoren ernannt: Wiss. Rat Dr. phil. Walther Heissig (Mongolistik), Prof. Dr. phil. Walther Hubatsch (Mittelalterliche und Neuere Geschichte), Prof. Dr. phil. Horst Jablonowski (Klassische Philologie), Prof. Dr. phil. Mathias Zender (Deutsche Volkskunde) und Prof. Dr. phil. Gerhard Mensching.

Braunschweig: Privatdozent Dr. phil. Franz Rudolf Kessler/Saarbrücken (Physik) wurde unter Berufung auf das Ordinariat für Experimentelle Physik zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dipl.-Ing. Zdenko von Strizic wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für Gebäudelehre und Entwerfen von Hochbauten C berufen, unter gleichzeitiger Ernennung zum ordentlichen Professor.

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. rer. nat. Hans Jürgen Bestmann/München (Organische Chemie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Privatdozent Dr. phil. Wolf Dietrich Fischer/Münster (Semitische Philologie und Islamwissenschaften) wurde zum ordentlichen Professor der Orientalischen Philologie ernannt. — Dozent Dr. Erich Kessler/Marburg wurde zum ordentlichen Professor der Botanik ernannt. — Prof. Dr. rer. nat. Werner Schwan/Münster wurde zum ordentlichen Professor der Geologie ernannt. — Dozent Dr. phil. Eugen Wirth/Hamburg (Geographie, bes. Wirtschaftsgeographie) wurde zum ordentlichen Professor der Geographie ernannt.

Frankfurt: Prof. Dr. phil. Hans Scheuerl (Pädagogik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Freiburg: Dozent Dr. theol. Helmut Riedlinger (Dogmatik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. Rudolf Henning wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. med. Dr. phil. Joseph Schumacher (Geschichte der Medizin) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Gießen: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. phil. Fritz Günter Neumann/Göttingen (Vergleichende Sprachwissenschaften), Prof. Dr. rer. pol. Willy Kraus/Köln (Sozialökonomik der Entwicklungsländer), Wiss. Rat Prof. Dr. rer. nat. Hermann Boerner (Mathematik III) und Prof. Dr. med. Dr. phil. Horst Eberhard Richter (Psychosomatik).

Kiel: Privatdozent Dr. Ferdinand Hahn/Heidelberg wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Neues Testament berufen. — Prof. Dr. med. Heinz Lüllmann/Mainz (Pharmakologie und Toxikologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf das Ordinariat für Pharmakologie berufen. — Privatdozent Dr. rer. nat. Friedrich Wilhelm/München (Geographie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. rer. pol. Wolfgang Wetzels (Statistik) erhielt einen Ruf an die FU Berlin.

Köln: Prof. Dr. med. Rudolf Groß/Tübingen (Innere Medizin) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. Prof. Dr. Ignaz Seidl-Hohenveldern/Saarbrücken (Völkerrecht und Staatsrecht) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Mainz: Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. Gerhard Thews wurde zum ordentlichen Professor für Physiologie ernannt.

München: Prof. Dr. sc. pol. Karl Martin Bolte/Hamburg (Soziologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Apl. Prof. Dr. med. Albert Herrlich (Innere Medizin und Tropenmedizin) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Apl. Prof. Dr. med. vet. Peter Walter (Anatomie) wurde zum ordentlichen Professor der Histologie und Embryologie der Tiere ernannt.

Würzburg: Apl. Prof. Dr. Beda Alleman/Kiel wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Neuere Deutsche Literaturgeschichte berufen.

b) außerordentliche Professoren

Aachen: Wiss. Rat apl. Prof. Dr. phil. habil. Hans Bredt (Geologie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf das Extraordinariat für Angewandte Geologie berufen.

Berlin (FU): Privatdozent Dr. Hans-Jochen Schneider wurde zum außerordentlichen Professor für Angewandte Geologie ernannt.

Freiburg: Dozent Dr. Wolf-Dieter Sick/TH Stuttgart (Wirtschafts- und Siedlungsgeographie) wurde auf das

neu geschaffene Extraordinariat für Geographie und Landeskunde berufen, unter gleichzeitiger Ernennung zum außerordentlichen Professor.

Göttingen: Dozent Dr. rer. nat. Ulrich Schöllkopf/Heidelberg (Chemie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf das Extraordinariat für Organische Chemie berufen.

Kiel: Prof. Dr. rer. nat. Werner Zeil (Chemische Physik) erhielt einen Ruf auf den 2. ordentlichen Lehrstuhl für Organische Chemie an der Universität Göttingen.

Mainz: Wiss. Rat Dr. Wolfgang Börsch-Supan wurde zum außerordentlichen Professor für Angewandte Mathematik ernannt.

c) Honorarprofessoren

Freiburg: Dr. med. Hermann Lehmann/Cambridge (Biochemie) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Gießen: Prof. Dr. med. vet. Werner Schäfer (Mikrobiologie und Tierseuchenlehre), Direktor am Max-Planck-Institut in Tübingen, wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Stuttgart-Hohenheim: Prof. Dr. Theodor Förster, Direktor des Laboratoriums für physikalische Chemie und Elektrochemie der TH Stuttgart, wurde zum Honorarprofessor ernannt.

d) Wissenschaftliche Räte

Kiel: Prof. Dr. med. Dr. phil. Karl-Heinrich Knese (Anatomie, Entwicklungsgeschichte) erhielt einen Ruf auf das neugeschaffene Extraordinariat für Humanbiologie, Histologie und Embryologie an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Stuttgart-Hohenheim.

e) außerplanmäßige Professoren

Bonn: Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. Ernst Effenberger (Hygiene) erhielt einen Ruf auf das Extraordinariat für Arbeitsmedizin und Industriegygiene an der Universität Hamburg. — Dr. Georg Kaufmann wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Göttingen: Privatdozent Dr. med. Eberhard Harbers, Oberassistent am Institut für Medizinische Physik, wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Hannover: Privatdozent Dr. med. vet. Hans-Hasso Frey (Pharmakologie) wurde zum außerplanmäßigen Professor an der Tierärztlichen Hochschule ernannt.

Kiel: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Walter Laux (Psychiatrie und Neurologie), Privatdozent Dr. med. Otto Pribilla (Gerichtliche und soziale Medizin) und Privatdozent Dr. agr. Klaus Riebe (Landwirtschaftliche Betriebs- und Arbeitslehre).

f) Dozenten und Privatdozenten

München: Dr. phil. Albrecht Mann (Baugeschichte) wurde zum Dozenten ernannt.

Bonn: Zu Dozenten wurden ernannt: Dr. jur. Gerd Geilen (Straf- und Strafprozessrecht), Dr. phil. Bernard Andreae (Klassische Archäologie), Dr. phil. Klaus Hartmann (Philosophie) und Dr. phil. Gerd Wolandt (Philosophie).

Kiel: Privatdozent Dr. phil. Heinz Josef Varain (Wissenschaft von der Politik) wurde zum beamteten Privatdozenten ernannt.

g) Lektoren

Bonn: Hans Dieter Bork (Italienisch) wurde mit der Wahrnehmung des planmäßigen Lektorats für Romanistik beauftragt.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Bonn: Die venia legendi erhielten: Dr. med. Ulrich Gött für das Wissenschaftsgebiet Anaesthesiologie, Assistent Dr. med. Elmar Kreppe für das Wissenschaftsgebiet Pharmakologie und Toxikologie und Assistent Dr. med. Karlheinz Renner für Röntgenologie und Strahlenheilkunde.

Freiburg: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. Reimut Jochimsen für das Fach Volkswirtschaftslehre, Dr. med. Heinz Edzard Köhnlein für das Fach Chirurgie und Dr. med. dent. Wilfried Schilli für das Fach

Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten. Weiter habilitierten sich: Dr. Hugo Genser für das Fach Geologie und Dr. jur. Alexander Hollerbach für die Fächer Rechtsphilosophie, Staats- und Verwaltungsrecht, Kirchenrecht.

Gießen: Die venia legendi erhielten: Dr. med. vet. Bernd Vollmerhaus für das Fach Anatomie, Histologie und Embryologie der Haustiere; Dr. Karl Müller für das Fach Zoologie; Dr. med. Erwin Kuntz für Innere Medizin und Lungenkrankheiten; Dr. phil. nat. Berthold Schneider für Biometrie und Biomathematik; Dr. agr. Martin Schmiel für Landwirtschaftspädagogik; Dr. phil. Hanspeter Wolf für Physiologische und Klinische Chemie und Dr. med. Günter Beneke für Allgemeine und Spezielle Pathologie.

Karlsruhe: Für das Fach Hochfrequenztechnik habilitierte sich Dr.-Ing. Karl-Heinz Löcherer.

Kiel: Die venia legendi erhielten: Dr. sc. pol. Winfried Vogt für das Fach Volkswirtschaftslehre, Dr. med. Hans-Jürgen Brunck für Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie und Dr. med. Dr. rer. nat. Johannes Büttner für Physiologische und Klinische Chemie.

Mainz: Es habilitierten sich: Dr. Dr. Wilhelm Weber für Christliche Sozialwissenschaften, Dr. med. Georg Brehm für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Dr. med. Fritz Gramlich für Innere Medizin, Dr. med. Günther Rathgen für Geburtshilfe und Gynäkologie, Dr. Hans-Joachim Cantow für Physikalische Chemie, Dr. Heinz Helmut Bechert für Indologie und Dr. Bruno Müller für das Fach Mathematik.

Mannheim: Dr. rer. pol. Walter Braun erhielt die venia legendi für Betriebswirtschaftslehre.

Marburg: Es habilitierten sich: Dr. rer. pol. Fritz Philipp für das Fach Betriebswirtschaftslehre, Dr. med. Axel Delbrück für das Fach Innere Medizin, Dr. med. Dietrich Falke für das Fach Medizinische Mikrobiologie, Dr. med. Helmuth Deicher für das Fach Innere Medizin, Dr. phil. Otto Hermann Frey für das Fach Vorgeschichte, Dr. phil. Gottfried Schramm für das Fach Neuere und Osteuropäische Geschichte, Dr. phil. Kurt Lenk für das Fach Politische Wissenschaft und Politische Soziologie, Dr. rer. nat. Hubert Schmidbauer für das Fach Anorganische Chemie und Dr. rer. nat. Richard Neidlein für das Fach Pharmazeutische Chemie.

München (TH): Dr. rer. nat. Anton Förster erhielt die Lehrbefugnis für das Fach Petrographie.

LEHRAUFTRÄGE

Bonn: Prof. Dr. phil. Karl Langosch (Mittelalterliche Philologie) erhielt für das Sommersemester 1964 einen Lehrauftrag für Mittelalterliche Philologie.

Gießen: Lehraufträge wurden erteilt an: Dr. Luisa Amorim für das Fach Portugiesisch, Oberforststrat Dr. phil. Richard Schmitt für Forstwirtschaft, Prof. Dr. rer. nat. Julius Koch für Landwirtschaftliche Technologie und Technologie der Lebensmittel und Dr. rer. nat. Helmut Schraudolph für das Fach Pflanzenphysiologisches Praktikum.

Frankfurt: Folgende Lehraufträge wurden erteilt: Hartmut Allmann/Bad Homburg für Einführungskurse in die lateinische Sprache, Jörg Kube für Einführungskurse in die griechische Sprache, Dr. phil. Fritz Meinecke für Ausbildung in englischer Phonetik und angrenzenden sprachwissenschaftlichen Gebieten, Dr. phil. nat. Otto Föllinger für Mathematik für Naturwissenschaftler, Dr. phil. nat. Friedrich Granzer für Realstruktur des Festkörpers, Dr. med. Volkmar Lange für Ergänzungen zur Anthropologie und Dr. rer. nat. Franz Rösing/Wiesbaden für Trias Deutschland mit Kartierkurs.

Marburg: Dr. Hans Hattenhauer, wiss. Assistent am Institut für Rechtsgeschichte, erhielt für das SS 1964 einen Lehrauftrag für Deutsche Rechtsgeschichte.

VERTRETUNGEN

Bonn: Privatdozent Dr. jur. Peter Raich erhielt einen Vertretungsauftrag für das Sommersemester 1964 an der Universität Tübingen. — Prof. Dr. med. Dr. med. dent. Gustav Korkhaus wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Zahnheilkunde für das Sommersemester 1964 beauftragt.

Braunschweig: Für das Sommersemester 1964 und das Wintersemester 1964/65 wurden mit Vertretungen beauf-

tragt: Dr. rer. nat. Gerd Lüttig für das Fachgebiet Quartärgeologie und Dr. rer. pol. Paul Schwarze für das Fachgebiet Industrie-Betriebswirtschaftslehre.

Darmstadt: Dr.-Ing. Gerhard Piefke wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Theoretische Elektrotechnik beauftragt.

Frankfurt: Privatdozent Dr. jur. Friedrich Geerds/Kiel wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Strafrecht (Kriminologie) beauftragt. — Privatdozent Dr. phil. Walther Ludwig/München wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des Extraordinariats für Klassische Philologie beauftragt. — Privatdozent Dr. rer. nat. Friedrich Stummel/Berlin TU wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Angewandte und Instrumentelle Mathematik beauftragt. — Privatdozent Dr. jur. Kurt H. Biedenkopf vertritt im SS 1964 den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht an der Universität Tübingen. — Privatdozent Dr. jur. Sp. Simitis wurde für das SS 1964 mit der Vertretung eines Lehrstuhls für Bürgerliches Recht an der Universität Freiburg/Br. beauftragt.

Kiel: Privatdozent Dr. agr. Gisbert Vogel (Landwirtschaftliche Betriebs- und Arbeitslehre) wurde beauftragt, den außerordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Göttingen bis zum 30. September 1964 vertretungsweise wahrzunehmen.

Mainz: Prof. Dr. phil. Eugen Ewig wurde mit der Vertretung seines bisherigen Lehrstuhls für Mittelalterliche Geschichte und Geschichtliche Hilfswissenschaften im SS 1964 beauftragt. — Privatdozent Dr. med. Ottomar Oppel (Augenheilkunde) wurde bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Ophthalmologie mit der Vertretung desselben beauftragt. Gleichzeitig wurde er zum kommissarischen Direktor der Universitätsaugenklinik bestellt.

Marburg: Für das SS 1964 wurden Privatdozent Dr. rer. pol. Eberhard Dülfer (Betriebswirtschaftslehre und Genossenschaftswesen) mit der Vertretung des ordentlichen Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre sowie Industrie- und Treuhandwesen und Privatdozent Dr. jur. Hans Heinrich Rupp, Richter des Bundesverfassungsgerichts, mit der kommissarischen Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls für Öffentliches Recht II beauftragt. — Prof. Dr. phil. Rudolf Sellheim/Frankfurt wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Arabistik und Semiotik beauftragt.

Stuttgart: Prof. Dipl.-Ing. Carl-Martin Dolezalek wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Werkzeugmaschinen, Maschinenzeichnen und Normenkunde beauftragt; apl. Prof. Dr. rer. nat. Dietrich Hafemann wurde für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. 1964 mit der Vertretung des Ordinariats für Wirtschaftsgeographie beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Mainz: Prof. Dr. rer. nat. Hans Weber (Botanik und Pharmakognosie) wird vom 1. November für 4 Wochen zum Zwecke einer Forschungsreise nach Kolumbien beurlaubt. — Privatdozent Dr. rer. nat. Gerhard Nöldke (Physik) wird zur Durchführung von Forschungsaufgaben am Hochenergie-Laboratorium der Stanford Universität in Palo Alto, Kalifornien/USA, vom 1. September an für die Dauer eines Jahres zur Durchführung von Forschungsaufgaben beurlaubt. — Privatdozent Dr. rer. nat. Rudolf Reinboth (Zoologie) wird vom 1. September 1964 bis 31. August 1965 zur weiteren Ausbildung an der Rutgers State University in New Brunswick, New Jersey/USA beurlaubt.

EMERITIERUNGEN

Kiel: Prof. Dr. phil. Karl Mierke (Psychologie und Pädagogik) wurde wegen Erreichung der Altersgrenze von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

ABGELEHNT BEBERUFUNGEN

Aachen: Prof. Dr.-Ing. Volker Aschoff (Elektrische Nachrichtentechnik) hat den Ruf an die Universität Bochum abgelehnt.

Berlin (FU): Prof. Dr. jur. et phil. Hans-Egon Hass (Deutsche Philologie) hat den Ruf an die Universität Erlangen/Nürnberg abgelehnt.

Bonn: Prof. Dr. phil. Herbert von Einem (Kunstgeschichte) hat den Ruf an die Universität München abgelehnt. — Prof. Dr. Wolf-Dieter Stempel (Romanische Philologie) hat den Ruf an die University of Michigan, Ann Arbor, abgelehnt.

Freiburg: Dozent Dr. phil. Willibald Sauerländer hat den an ihn ergangenen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Kunstwissenschaft an der Universität Gießen abgelehnt. — Ebenso hat Prof. Dr. med. Jochen Staubesand (Anatomie), stellvertretender Direktor des Anatomischen Instituts, den im vergangenen Jahr an ihn ergangenen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Anatomie an der Ruhr-Universität Bochum abgelehnt. — Prof. Dr. rer. nat. Hans Grisebach (Biochemie der Pflanzen) hat den Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Kiel abgelehnt.

Gießen: Prof. Dr. phil. Herbert Ludat (Osteuropäische - und Allgemeine Wirtschaftsgeschichte) hat den Ruf an die Universität Bochum abgelehnt.

Kiel: Prof. Dr. med. Hans Pau (Augenheilkunde) hat den Ruf an die Universität Münster abgelehnt. — Prof. Dr. rer. hort. Diedrich Schroeder (Pflanzenernährung und Bodenkunde) hat den Ruf an die Universität Gießen abgelehnt.

Mainz: Prof. Dr. theol. Hans Walter Wolff (Altes Testament) hat den Ruf an die Universität Münster abgelehnt.

Saarbrücken: Prof. Dr. rer. pol. Herbert Giersch, Direktor des Instituts für europäische Wirtschaftspolitik, hat den Ruf an die Universität Münster abgelehnt. — Prof. Dr. phil. Ernst Boesch (Psychologie) hat den Ruf an die Wirtschaftshochschule Mannheim abgelehnt. — Prof. Dr. rer. nat. Dieter Puppe (Mathematik) hat den Ruf an die Universität Köln abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Kiel: Prof. Dr. med. Heinz Albrecht Lüllmann (Pharmakologie und Toxikologie) wurde zum Direktor des Pharmakologischen Instituts bestellt. — Prof. Dr. rer. nat. Friedrich Wilhelm (Geographie) wurde zum Direktor des Geographischen Instituts bestellt.

Tübingen: Prof. Dr. med. Georg Schmidt (Gerichtliche Medizin) wurde zum Direktor des neugegründeten Instituts für Gerichtliche Medizin bestellt.

GASTPROFESSUREN

Frankfurt: Prof. Dr. Miroslav Kravar/Zadar (Jugoslawien) wurde für das SS 1964 eine Gastprofessur für Slawistik übertragen. — Prof. Dr. rer. nat. H. Weik, Associate Professor am Physics Department der Universität Cincinnati (Ohio), wurde für Juni und Juli 1964 eine Gastprofessur in der Naturwissenschaftlichen Fakultät übertragen.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Berlin (TU): Prof. Dr. rer. nat. h. c. Dr. rer. nat. h. c. Dr. phil. Iwan N. Stranski (em. Ordinarius für Physikalische Chemie und Elektrochemie) wurde von der Technischen Hochschule Berlin die Ehrendoktorwürde verliehen.

Freiburg: Hochwürden Karl Pflieger, Ehrendomherr von Straßburg, wurde die Würde eines Dr. theol. h. c. verliehen.

Hannover (TH): Prof. Dr. phil. nat. habil. Paul Otto Schachtschabel, Direktor des Instituts für Bodenkunde, wurde die Würde eines Dr. agr. h. c. verliehen.

Kiel: Prof. Dr. phil. Dr. phil. h. c. Hans Diller (Klassische Philologie) wurde die Würde eines Doktors medicinae honoris causa verliehen.

Mainz: Prof. Dr. J. H. Burn/Oxford wurde die Würde eines Doktors der Medizin ehrenhalber verliehen.

München (TH): Prof. Dr.-Ing. Gustav Niemann, Direktor des Instituts für Maschinenelemente, wurde von der TU Berlin die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

Saarbrücken: Prof. Andrew F. Huxley/University College London wurde die Würde eines Dr. med. h. c. verliehen. — Dem Direktor des Instituts für Technische Mechanik, Prof. Dr. phil. Udo Wegner, wurde durch die Fakultät für Bauwesen der TH in Karlsruhe die Würde eines Dr.-Ing. E. h. verliehen.

Stuttgart: Ministerialdirektor Max Jacobs/Hagen, Leiter der Betriebsabteilung der Deutschen Bundesbahn, Frankfurt a. M. wurde die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

b) Ehrensenatoren

Darmstadt: Die Würde eines Ehrensenators wurde Gaston A. de Wolff, Rüsselsheim, verliehen.

Mainz: Die Würde eines Ehrensenators wurde Prof. Dr.-Ing. Kurt Hansen, Vorsitzender des Vorstandes der Farbenfabriken Bayer AG/Leverkusen, verliehen.

Stuttgart: Dipl.-Ing. Heinrich Günzler, Leiter des Büros Stuttgart der AEG, wurde zum Senator ehrenhalber ernannt.

VON DER MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

Frankfurt: Prof. Dr. rer. nat. Alfred Schraub (Biophysik) wurde zum auswärtigen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Biophysik ernannt.

Göttingen/München: Privatdozent Dr. rer. nat. Dietrich Schneider (Zoologie) wurde zum Direktor am Max-Planck-Institut für Verhaltensphysiologie in Seezseen bei Starnberg unter gleichzeitiger Ernennung zum Wissenschaftlichen Mitglied des Instituts berufen. — Ernannt wurden: Prof. Dr. Herbert Fischer zum Wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Immunbiologie in Freiburg/Br., Privatdozent Dr. Johannes Piiper zum Wissenschaftlichen Mitglied der Medizinischen Forschungsanstalt der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen, Privatdozent Dr. Theodor Mayer-Kuckuk zum Wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Kernphysik in Heidelberg, Privatdozent Dr. Josef Zähringer zum Wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Kernphysik in Heidelberg, Prof. Dr. Arnold Schoch zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Kernphysik in Heidelberg und Prof. Dr. H.-J. Bielig zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Instituts für Chemie am Max-Planck-Institut für Medizinische Forschung in Heidelberg.

EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

Berlin: Honorarprofessor Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Dr. rer. nat. h. c., em. o. Prof. Iwan Stranski (Physikalische Chemie) wurde die Ehrendoktorwürde der Technischen Hochschule Wien verliehen.

Bonn: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Heinrich Flatten (Kirchenrecht) wurde zum Konsultor der Päpstlichen Kommission zur Revision des Codex Iuris Canonici ernannt.

Hannover (TH): Prof. Dr. phil. nat. Konrad Richter (Geologie) wurde von der Universität Helsinki die Silberne Universitätsmedaille verliehen.

Kiel: Prof. Dr. phil. Dr. phil. h. c. Erich Burck (Klassische Philologie) wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Rennes die Würde eines Ehrendoktors verlie-

hen. — Prof. Dr. med. Wilhelm Hallermann (Gerichtliche und soziale Medizin) wurde die Würde eines medizinischen Ehrendoktors von der Universität Genf verliehen.

— Prof. Dr. med. A. Wilhelm Fischer (Chirurgie) wurde zum Vizepräsidenten des International College of Surgeons gewählt.

Mainz: Prof. Dr. phil. Josef Mattauch, Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie, Physik, wurde vom Bundespräsidenten der Republik Österreich das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst verliehen.

GEBURTSTAGE

Bonn: Prof. Dr. med. Walter Brenner (Kinderheilkunde) vollendet am 28. Juli sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Dr. phil. Richard Labes (Pharmakologie) vollendet am 29. Juli sein 75. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Hans Aloys Schmitz (Psychiatrie und Neurologie) vollendete am 1. Juli sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Emil Zurbelle (Haut- und Geschlechtskrankheiten) vollendete am 5. Juli sein 75. Lebensjahr. — Prof. Dr. Dr. Rudolf Lehmannsick (Zoologie, Parasitologie und vergleichende Anatomie) vollendete am 8. Juli sein 65. Lebensjahr.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. phil. Heinrich Kuen (Romanische Philologie) vollendet am 2. August sein 65. Lebensjahr.

Gießen: Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Dr. med. h. c. A. Weber vollendet am 3. August sein 85. Lebensjahr.

Heidelberg: Frau Gewin-Salm, Lehrbeauftragte am Dolmetscher Institut, vollendet am 5. August ihr 65. Lebensjahr.

Kiel: Prof. Dr. phil. Dr. phil. h. c. Hans Kuhn (Altgermanische und Nordische Philologie) vollendete am 13. Juli sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Hans Netter (Physiologische Chemie und physikochemische Grundlagen der Medizin) vollendete am 13. Juli sein 65. Lebensjahr.

Tübingen: Prof. Dr. phil. Werner Eichhorn (Sinologie) vollendete am 1. Juli sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Rüdiger von Volkmann (Anatomie) vollendete am 18. Juli sein 70. Lebensjahr.

JUBILÄEN

Bonn: Prof. Dr. phil. Ernst Schaffnit (Pflanzenkrankheiten) beging am 17. Juli sein 50jähriges Dozentenjubiläum.

TODESFÄLLE

Berlin (FU): Wiss. Rat Prof. Dr. med. Hermann Gilde-meister, Leiter des Laboratoriums für Tollwut und Gelbfieber im Robert-Koch-Institut, verstarb am 23. Juni.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

24. 7.

Radio-Kolleg. Kernenergie und Leben. Ionisierende Strahlen als Heilmittel. Man.: Dr. J. Meißner. (Deutschlandfunk 10.10)

Die Internationale Radiouniversität. George Koganowsky: Die Suche nach Leben im Weltraum. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Wissen für alle. Prof. Dr. H. Häusler: Bäder- und Klimaheilkunde (Österr. Rdf. II, 17.15)

Lebendiges Wissen. Die Anfänge einer Buddhistischen Ökumene. Eine Studie von E. Benz. (Hess. Rdf. II, 17.45)

Zar Nikolaus II. und der Ausbruch des 1. Weltkriegs. Prof. W. Markert. (SWF 22.15)

25. 7.

Wir in unserer Welt. Das wissenschaftliche Weltbild im Wandel der Zeiten. (5) Von Paracelsus bis Galilei. Man.: A. Marfeld. (SFB II, 10.15)

Das Porträt: Joseph Haydn, dargestellt von P. Berbaud. (SFB II, 10.30)

Der zeitgenössische Roman. (2) Gertrud von Le Fort und Elisabeth Langgässer. Man.: Dr. C. Hohoff. (SFB II, 10.45)

Bildungswesen auf der Schattenseite des Wirtschaftswunders? Eine Dokumentation v. Dr. K. A. Grüner. (SFB II, 11.00)

Die kleine Sachbücherei. Rund um das Taschenbuch mit Dr. P. Teichmann. (SFB II, 11.30)

Europa im Frühjahr 1914. (IV) Frankreich. Von J. Droz. (Radio Bremen II, 16.45)

Christliche Kultur in Japan. Doz. Dr. Elisabeth Gößmann/Tokio. (Österr. Rdf. II, 17.10)

Die Gespaltene Wahrheit. Prof. Dr. W. Kamlah. (SFB II, 23.05)

26. 7.

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Th. Schieder: Nietzsche und Bismarck. (SWF, 10.20)

Gedanken zur Zeit. Die Verantwortung der deutschen Universität. (NDR 18.45)

27. 7.

Die Internationale Radiouniversität. Prof. Dr. L. Pardi/Florenz: Der Instinkt der Tiere (1.) Vergleichende Verhaltensforschung. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Der transistorisierte Arzt. Elektronische Wunderwerke im Dienste der Medizin. Th. Löbsack. (SWF, UKW II, 15.45)

Radio-Kolleg. Vom Mythos zur Naturwissenschaft. Die neue Erde. (III.) Man.: H. Schirmbeck. (Deutschlandfunk 17.30)

Aus Wissenschaft und Technik. Strahlenschutz (I.) Schädliche Strahlung. Prof. Dr. E. Broda/Wien (NDR II, 19.35)

28. 7.

Zar Nikolaus II. und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Prof. W. Markert. (SWF, UKW II, 14.45)

Internationale Rundfunk-Universität. Konfuzius und seine Widersacher — Das Joch der Gesellschaft — Prof. D. Leslie/Jerusalem. (Hess. Rdf. II, 17.40)

Die Vorlesung. Prof. Dr. L. Froese/Marburg. Bildungsstrukturen in Ost und West (II). (Hess. Rdf. II, 21.30)

Forum der Wissenschaft. 1. Neue Entwicklungen in der Anästhesie. Gespräch mit Dr. W. F. Henschel/Bremen, Prof. Dr. R. van Eck/Groningen, Dr. P. Jansen/Brüssel und Prof. Dr. Schütz/Bremen. — 2. Das klinische Forschungszentrum und weitere Informationen aus der Wissenschaft. (Radio Bremen II, 21.35)

29. 7.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Seine Magnifizenz Hochschulprofessor Dr. A. Kment: Die wissenschaftlichen Aufgaben der Tierärztlichen Hochschule in Wien. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Als Gaststudent in der Bundesrepublik. (Hess. Rdf. 21.00)

30. 7.

Forscher zu Gast. Nobelpreisträger Prof. Dr. M. Born/Bad Pyrmont: Symbol und Wirklichkeit. Ein Versuch, auf wissenschaftliche Weise zu philosophieren. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Zeitfunk aus Forschung und Technik. (SWF/UKW II, 17.45)

Über das Deutschlandbild in den Entwicklungsländern. XIII: Ein Besuch bei Inter Naciones in Bonn. (Radio Bremen II, 20.55)

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR, UKW, 21.30)

Friedrich Gundolf und Ernst Robert Curtius. Ein Briefwechsel. Man.: G. Zerres. (WDR II, 21.30)

Internationale Rundfunk-Universität. 1. So schnell wie das Licht — Astronomie — Dr. M. Ovenden/Glasgow. — 2. Die Behandlung der Alterskrankheiten — Altern und endokrine Drüsen — Prof. P. Bastenié/Brüssel. — 3. Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation — Indien und die europäischen Ideen — Dr. E. Pouchpa-Dass/Paris. (Hess. Rdf. II, 22.00)

31. 7.

Die Internationale Radiouniversität. Prof. Dr. L. Pardi/Florenz: Der Instinkt der Tiere (2.) Schlüsselreize und angeborener Determinationsmechanismus. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Christ und Welt. Prof. D. Dr. J. Lenzenweger/Linz: Darf die Kirche tolerant sein? (Österr. Rdf. II, 17.40)

Elternhaus — Schule — Ausbildung. Überlegungen zum zeitgemäßen Religionsunterricht. W. Eifgen. (WDR II, 18.25)

Ziele und Aufgaben der Max-Planck-Gesellschaft. Mit Beiträgen der Nobelpreisträger Butenandt, Hahn und Heisenberg. (Hess. Rdf. 21.20)

Die physiologische Theorie von Antrieb, Leistung und Ermüdung. Prof. Dr. H. Schäfer/Heidelberg. (Österr. Rdf. II, 21.40)

Die Universität. Prof. Dr. W. J. Schröder: Das Menschenbild in Wolframs „Parzival“. (SWF, UKW II, 23.00)

1. 8.

Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik. Berichte von A. F. Marfeld. (SFB II, 11.15)

Hochschule heute. Themen und Perspektiven. Von F. Pauli. (SFB II, 11.30)

Raketen und Ren-Tiere. Europäische Raumforschung in Lappland. Von R. Jacobs. (WDR 17.00)

2. 8.

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. G. Ritter: Der Schlieffenplan — ein Verhängnis. (SWF, 10.30)

Universitas. Prof. Dr. H. v. Hentig: Thesen zur politischen Bildung. (Saarländ. Rdf., 11.30)

Gedanken zur Zeit. Ist die heutige Jugend neugierig genug? Prof. Dr. H. Lützeler. (WDR 18.45)

3. 8.

Die Internationale Radiouniversität. Der Instinkt der Tiere (3). Prof. Dr. L. Pardi/Florenz: Die Physiologie instinktiver Akte. (Österr. II, 14.35)

4. 8.

Wissen für alle. Selbstversuche von Ärztinnen. Man.: Prof. Dr. H. Glaser. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Internationale Rundfunk-Universität. Konfuzius und seine Widersacher — Der Determinismus — Prof. D. Leslie/Jerusalem. (Hess. Rdf. II, 17.40)

Drängende Probleme der höheren Schule. W. F. Fischer. (Saarländ. Rdf. II, 18.45)

Die Vorlesung. Als der erste Weltkrieg begann. Über die Vorgeschichte einer Katastrophe berichtet Prof. Dr. W. Treue/Göttingen. (Hess. Rdf. II, 21.20)

Grenzgebiete in der Wissenschaft. Dr. H. Hartmann. (Saarländ. Rdf. II, 22.15)

5. 8.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Prof. Dr. F. Hohenberg: Anwendungen der Geometrie. (Österr. II, 17.15)

München — Zentrum der Osteuropaforschungsinstitute. Gespräche in Instituten und Bibliotheken. (Bayer. Rdf. II, 20.05)

6. 8.

Die Bedeutung des Rechenzentrums Graz. Prof. Dr. K. Rinner. (Österr. Rdf. UKW, 14.40)

Eine vergessene Mythologie der Naturwissenschaften. Über die Alchimie. Dr. W. Leinfellner. (Österr. Rdf. II, 16.00)

Forscher zu Gast. Ein Gespräch mit Prof. Dr. K. Ferrari d'Ochieppo/Wien über das „Curriculum vitae“ der Sterne. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Bildungsfragen der Gegenwart. Quantität und Qualität der politischen Bildung in den höheren Schulen. Man.: Dr. H. Licht. (Hess. Rdf. II, 17.30)

Nikolaus Cusanus. Zur 500. Wiederkehr des Todestages des großen Philosophen. Prof. Dr. K. Jaspers. (Österr. Rdf. II, 21.00)

Die Sprache der Tiere. Prof. Dr. H. Autrum/München. (SDR, II, 21.00)

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR II, 21.30)

Internationale Rundfunk-Universität. 1. Der zeitgenössische Roman: England — Allan Sillitoe: „Der Hausschlüssel“ — W. Allen/Birmingham. — 2. Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation — China und die politischen Ideen Europas I — J. Guillermaz. — 3. Maser und Laser — Entwicklung der Hochfrequenztechnik — Prof. M.-Y. Bernard/Paris. (Hess. Rdf. II, 22.00)

7. 8.

Die Internationale Radiouniversität. Der Instinkt der Tiere (4.) Prof. Dr. L. Pardi/Florenz: Die Struktur angeborener Handlungen. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Aus Naturwissenschaft und Technik. (WDR 17.20)

Das Europäische an der europäischen Musik. Prof. Dr. H. Husmann/Göttingen. (Österr. II, 21.40)

8. 8.

Das naturwissenschaftliche Weltbild im Wandel der Zeiten. (6.) Der Weg in ein neues Licht. Man.: A. F. Marfeld. (SFB II, 10.15)

Das Portrait: Franz Oppenheimer. M. Schmidt. (SFB II, 10.45)

Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik in England und Übersee. (SFB II, 11.15)